Soc
1465
26.5

WIDENER
HN PFI8 K

Ki
233

Soc 1465.96.5

HARVARD COLLEGE
LIBRARY

GIFT OF THE
Department of Economics

Die

sozialen Aufgaben der Arbeitgeber.

Von

Wilhelm Oechelhaeuser.

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1887.

Soc 1465.96.5

HARVARD COLLEGE LIBRARY
GIFT OF THE
DEPARTMENT OF ECONOMICS
JUNE 17, 1933

Digitized by Google

Vorwort.

Die nachfolgende Abhandlung ist eine weitere Ausführung des Kapitels über die „Aufgaben der Arbeitgeber" in meiner Ende vorigen Jahres erschienenen Schrift, „die Arbeiterfrage" betitelt.

Ihr Zweck ist einzig und allein: diejenigen Arbeitgeber, welche auf sozialem Gebiet noch allzu lässig geblieben sind, an die strengere Erfüllung ihrer Verpflichtungen sowohl zur Theilnahme an dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, als an den Bestrebungen zur Besserung des Looses der Arbeiter zu mahnen. Ich verwahre mich also entschieden dagegen, meine Arbeiterfreundlichkeit in Gegnerschaft gegen meine Berufsgenossen, die Arbeitgeber, umgedeutet zu sehen und vertrete nur solche Forderungen der Arbeiter, die in sich gerechtfertigt sind und deren Durchführbarkeit durch das Voranschreiten so vieler hochherzig denkender Arbeitgeber bereits praktisch erprobt ist. Keiner einseitigen Parteinahme, sondern einer Versöhnung der berechtigten Forderungen beider Theile, der Arbeitgeber wie der Arbeiter, ist meine Feder gewidmet.

Dessau im April 1887.

Wilhelm Oechelhaeuser.

Eine der bemerkenswertheſten Erſcheinungen bei der eben abgelaufenen Reichstagswahl iſt das bedeutende Anwachſen der ſozialdemokratiſchen Stimmen. Daß hierbei, nach den Eigenthümlichkeiten unſeres Wahlgeſetzes, die Zahl der Reichstags-Abgeordneten ſelbſt ſich vermindert hat, kann die Bedeutung jenes Wachsthums an und für ſich nicht beeinträchtigen. Es wäre nun falſch, aus dieſer Thatſache allein einen unmittelbaren Schluß auf die Wirkſamkeit oder Unwirkſamkeit des Geſetzes gegen die gemeingefährlichen Beſtrebungen der Sozialdemokratie ziehen zu wollen. Die Wirkungen deſſelben gehen nach zwei Seiten. Einmal hat es unzweifelhaft das numeriſche Anwachſen der Sozialdemokratie, wenn auch, wie man ſieht, nicht vollſtändig zu hindern vermocht, doch in bedeutendem Maaße eingeſchränkt. Ohne den Erlaß dieſes Geſetzes hätten wir ſicherlich ein Anwachſen in noch ganz anderem Maaßſtabe erlebt, als ſich bei den letzten Wahlen ergab. Eine fernere unzweifelhaft günſtige Einwirkung, hinſichtlich deren wir uns auf das Urtheil aller Induſtriellen, die Arbeiter in größerer Zahl beſchäftigen, berufen, iſt die von dem Augenblick jenes Erlaſſes ab hervorgetretene Beſſerung des Verhältniſſes zwiſchen Arbeitern und Arbeitgebern. Indem die Arbeiter nicht mehr in ſolchem Maaße wie früher den fortwährenden Aufreizungen durch Wort und Schrift ausgeſetzt waren, indem ſie ferner mit einem Mal die ganze Macht des Geſetzes und einer feſt geordneten Staatsgewalt kennen lernten, für welche ihnen in der vorausgegangenen Zeit ungezügelter ſozialdemokratiſcher Wühlerei der Begriff abhanden gekommen war, wurde ihr perſönliches Auftreten den Arbeitgebern gegenüber eine relativ friedlicheres. Die Erbitterung der aufgehetzten Arbeiter iſt noch keineswegs gewichen, aber doch

zum Stillstand gekommen und dem Arbeitgeber hat sich wieder die Möglichkeit eröffnet, seinen Einfluß auf Besserung der beiderseitigen Verhältnisse zur Geltung zu bringen. Unzweifelhaft hat hierzu auch mitgewirkt, daß seitdem eine große Zahl von Arbeitgebern sich viel willfähriger gezeigt hat, berechtigten Forderungen und Wünschen der Arbeiter zu entsprechen und freiwillig mit Einrichtungen zu deren Gunsten vorzugehen.

Diesen günstigen Erfolgen steht ebenso unzweifelhaft aber eine Einwirkung des Sozialistengesetzes nach entgegengesetzter Richtung gegenüber, indem es den Haß der einflußreichen Führer in verstärktem Maaße gegen die Staatsgewalt, von der jenes Gesetz ausging, lenkte. Es kann unmöglich bezweifelt werden, daß die Intensität der Bewegung, die Heftigkeit des Hasses gegen den Staat und seine Einrichtungen, seit Erlaß des Sozialistengesetzes zugenommen haben, wie dies auch gar nicht anders zu erwarten war und nothwendig mit in den Kauf genommen werden mußte. Die Arbeiter sind den Arbeitgebern gegenüber ruhiger, aber die Führer sind fanatischer geworden; die soziale Gefahr ist also durchaus nicht beseitigt. Fürst Bismarck hat selbst bei Einbringung des Sozialistengesetzes erklärt, daß damit die Nothwendigkeit, zum Wohl der arbeitenden Klassen in positiv fördernder Weise einzugreifen, also jener steigenden Erbitterung der Führer durch Verbesserung des Looses der Arbeiter entgegenzuwirken, um so stärker an die Gesetzgebung und alle Betheiligten herantrete.

Diese immer schärfer hervortretende Anfeindung der bestehenden Staatsgewalt und bestehenden Gesellschaftsordnung seitens der Führer der Sozialdemokratie findet zunächst ihren äußeren Ausdruck in der immer heftiger werdenden Sprache ihres offiziellen Organs, des in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat". Sie findet ferner ihre Bestätigung durch das im Bereiche der Sozialdemokratie in neuerer Zeit stetig fortschreitende Zurückdrängen der friedlicheren Strömung in jener Partei unter Frohme, und das Vorschreiten der revolutionären Strömung unter Bebel und Liebknecht, welchen überdies die ungünstigen Verhältnisse des Arbeitsmarkts in die Hand arbeiten. Die Mitglieder des Reichstags selbst sind allerdings mit der Centralleitung der Sozialdemokratie in vieler Beziehung vollständig zerfallen

und leben mit ihnen in fortwährendem Streite. Dies hat jedoch bis jetzt den inneren Zusammenhang der sozialdemokratischen Bewegung noch so wenig geschädigt, wie auch die Existenz jener beiden Strömungen, und dürften auf ihren inneren Verfall zunächst keine Hoffnungen für Herstellung friedlicherer Zustände in absehbarer Zeit gebaut werden. Denn wenn auch die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten sich sicherem Vernehmen nach geweigert haben, die ihnen vom Centralkomite der Sozialdemokraten vorgelegten fünf bindenden Verpflichtungen unbedingt einzugehen, so verfolgen sie doch in ihrer parlamentarischen Wirksamkeit unbeirrt die hergebrachte und von der ganzen Sozialdemokratie gebilligte Taktik, daß ihnen die Tribüne des Reichstags nur die Handhabe bietet, um ungestraft ihre Provokationen und Brandreden in das Reich hinaustragen zu können.

Anzuerkennen ist allerdings, daß bisher alle Richtungen der deutschen Sozialdemokratie, auch die fortgeschrittenen, die Scheidungslinie gegen die Anarchisten möglichst inne zu halten suchen. Ebenso unzweifelhaft ist aber auch, daß die Keime aller Verbrechen der Anarchisten im Schooße der Sozialdemokratie gepflanzt wurden und der Uebergang zur Anarchie nur durch die individuelle Veranlagung des Einzelnen zum Verbrecher bedingt wurde. Manche der fortgeschrittensten deutschen Sozialdemokraten mögen in Wirklichkeit Anarchisten sein, die nur diesen schlechtklingenden Namen verläugnen und nicht den Muth der That haben.

So beunruhigend diese Erscheinungen bezüglich des Anwachsens und der gesteigerten Intensität der sozialdemokratischen Bewegung, so weit sie sich in den Führern verkörpert, in Deutschland an sich schon sind, so wird diese Beobachtung noch unterstützt und bestätigt durch einen Blick auf die gleichzeitigen sozialdemokratischen Bewegungen im Auslande. Die Bedeutung derselben an sich und ihre Rückwirkung auf Deutschland selbst treten aber dadurch noch besonders hervor, daß eines der unzweifelhaftesten Zeichen in dieser ganzen Bewegung das immer stärker werdende Hervortreten ihres internationalen Charakters ist. Es hat dieses namentlich in neuester Zeit seine äußere Bethätigung auch dadurch gefunden, daß von Frankreich, Nordamerika und England bedeutende Summen den Führern der deutschen Sozialdemokratie behufs Wahlagitationen zur

Disposition gestellt worden sind. Hierdurch gewinnen die gleichzeitigen Vorgänge in anderen Ländern eine erhöhte Bedeutung für Deutschland. Zu den bemerkenswerthesten Erscheinungen der sozialdemokratischen Bewegung in neuerer Zeit gehören die vorjährigen mit Gewaltthaten verbundenen Arbeitseinstellungen in Frankreich und Belgien, wenn auch hierbei — und namentlich was Belgien betrifft — durchaus nicht in Abrede gestellt werden soll, daß eine wirklich inhumane und rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter durch die Arbeitgeber und die vollständige Abwesenheit eines gesetzlichen Arbeiterschutzes einen Entschuldigungs- oder wenigstens Erklärungsgrund für die stattgehabten Ausschreitungen bieten. Jedenfalls aber haben diese Ereignisse das Wachsthum und die Heftigkeit der sozialdemokratischen Bewegung in beiden Ländern beziehungsweise gefördert und verstärkt.

Noch trauriger sind zwei Beobachtungen aus dem öffentlichen Leben in England und Nordamerika, deren Bedeutung man das Auge unmöglich verschließen kann. In England zunächst hatten sich bis in die neueste Zeit die Genossen der in vielen tausend Vereinen über das Land verbreiteten, mächtig in das wirthschaftliche Leben eingreifenden und gegen 600 000 Mitglieder zählenden Gewerkvereine (trade unions) auf das entschiedenste von sozialdemokratischen Neigungen ferngehalten. Sie stellten sich vollständig auf den Boden der Selbsthülfe und der thunlichsten Vereinbarung mit den Arbeitgebern, betrachteten auch Arbeitseinstellung nur als letzten Nothbehelf und schlossen die Anwendung von Gewalt in jeder Beziehung aus. Es ist aber leider zu konstatiren, daß seit dem letzten internationalen Kongreß der Sozialdemokraten in Paris jene Haltung der englischen Gewerkvereine eine bedenkliche Ablenkung nach Seiten der sozialdemokratischen und revolutionären Grundsätze erfahren hat, welche zwar bis jetzt noch nicht in bedeutsamen Kundgebungen in die Oeffentlichkeit getreten und auch in keiner Weise mit dem Anwachsen der internationalen Anarchistenpartei, die in London ihren Hauptsitz hat, zu verwechseln ist, welche aber immerhin im Hinblick auf die Zukunft zu großen Bedenken Anlaß giebt, indem eins der Hauptbollwerke der bisherigen friedlichen Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ins Wanken gerathen ist.

Ebenso bedenklich ist in den vereinigten Staaten von Nordamerika die Erscheinung hervorgetreten, daß die über eine halbe Million Mitglieder zählenden „Ritter der Arbeit“ (knights of labor) sich sozialdemokratischen Einflüssen immer mehr zu beugen beginnen. Diese mächtigste aller bisherigen Arbeitervereinigungen war die entschiedenste Gegnerin aller Arbeitseinstellungen und basirte ausschließlich auf Selbsthülfe durch eigene Kraft und hierauf gestützte friedliche Verständigung mit den Arbeitgebern. Dieser auf friedlichem Boden, wenn auch unter scharfer Wahrung der Rechte der Arbeiter entstandenen Vereinigung gegenüber, gewinnen jetzt täglich die sogenannten trade and labor unions an Boden, welche gegenwärtig schon gegen 300 000 Mitglieder zählen. Dieselben stehen zwar auch nicht ausdrücklich auf revolutionärem Boden. Allein während die „Ritter der Arbeit“ grundsätzlich bisher die Strikes vermieden, geht diese Verbindung in erster Linie darauf aus, sich die Mittel zu Arbeitseinstellungen zu verschaffen. Im Allgemeinen ist übrigens der amerikanische Arbeiter weit praktischer als unsere deutschen Sozialdemokraten und verwendet alle Kraft auf die augenblickliche und sofortige Besserung seiner Lage (höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit), kümmert sich weniger um die sozialistischen Utopien der Zukunft, tritt deshalb auch nicht so fanatisch und gesellschaftsfeindlich auf. Auch die Führer dort gehen nicht direkt auf eine gewaltsame Umwälzung aus; insofern ist die amerikanische Bewegung nicht so staatsgefährlich wie die deutsche. Der Einfluß dieser großen und stets wachsenden Verbindung reißt nun auch die „Ritter der Arbeit“ immer mehr in gleicher Richtung fort, indem es ja eine alltägliche Beobachtung ist, daß viele Mitglieder gemäßigterer Parteien sofort zu neu gebildeten radikalen Parteien übergehen, wenn diese entschiedener und schärfer auftreten. Neben diesen beiden großen Parteien entwickelt sich dann noch in Nordamerika immer frecher das Anarchistenthum, unter seinen deutschen Aposteln Most und Hasselmann. Die Greuel in Chicago sind hierfür der deutlichste Beweis. Das Anarchistenthum ist in Amerika viel enger mit der Sozialdemokratie verquickt als in Deutschland, indem den Sozialdemokraten deutscher Observanz jene beiden Arbeitervereine zu zahm sind, um dabei ihre Rechnung zu finden.

Kurz, es kann keinem Zweifel begegnen, daß sich im Allgemeinen sowohl in Nordamerika als in England die sozialdemokratischen Grundsätze und die Aufregung im Arbeiterstande, die man bei uns nur dem Sozialistengesetz in die Schuhe schieben möchte, immer mehr befestigen, und hierdurch, im Wege der internationalen Verbindung, auch einen nachtheiligen Einfluß auf die deutsche Bewegung und deren Ausbreitung ausüben.

In Italien ist ebenfalls die Arbeiterbewegung in starkem Fortschreiten, wiewohl sie dort in anderen Gestaltungen hervortritt und insbesondere in der ländlichen Bevölkerung ihr stärkstes Kontingent findet.

In den übrigen Staaten tritt die Bewegung nicht so auffallend hervor. In Holland insbesondere verhalten sich die Arbeiter bis jetzt meist ablehnend gegen die Sozialdemokratie, und in Oesterreich und bei den nüchternen schweizerischen Arbeitern findet diese Lehre im Allgemeinen noch keinen günstigen Boden, wenn auch vereinzelte anarchistische Verbrechen vorkommen. Im Allgemeinen aber ist unverkennbar, wie die sozialistische Gefahr in der ganzen civilisirten Welt im Zunehmen ist. Allerdings ist die Zahl der erklärten Sozialdemokraten im Verhältniß zur Gesammtarbeiterzahl noch eine relativ kleine. Deutschland z. B., das bei den letzten Wahlen nicht viel über 700 000 Stimmen für die sozialdemokratischen Abgeordneten abgab, zählt über 11 Millionen Arbeiter jeden Alters und Geschlechts. Hat dieses Zahlenverhältniß auch nach der einen Seite sein Tröstliches, so thut man doch wohl, die andere Seite desselben ins Auge zu fassen, wie ausgedehnt nämlich das Gebiet ist, auf welches die Eroberungszüge der Sozialdemokraten zielen, und wie es um Staat und Gesellschaft stehen würde, wenn es ihnen gelänge, dasselbe ganz zu okkupiren. Auch geht die Zahl der mehr oder weniger mißvergnügten und aufgeregten Arbeiter jedenfalls über die Zahl der bei den Wahlen abgegebenen Stimmen weit hinaus.

Während man aber unter diesen Umständen, die dem Auge keines denkenden Staatsbürgers im Allgemeinen verborgen bleiben konnten, erwarten sollte, daß alle erhaltenden Kräfte in Gesellschaft und Staat sich in steigender Bewegung zur gemeinsamen Abwehr rüsten und damit in rascherem Tempo vorwärts gehen würden, ist

dies keineswegs der Fall. Es ist zwar durchaus nicht zu verkennen, wie die humanistischen Bestrebungen der Einzelnen, wie des Staates, durch die sozialdemokratischen Anregungen in etwas rascheren Fluß gekommen sind; ohne dieselben würde vielleicht auch die Alters- und Invalidenversorgung noch viel länger auf sich warten lassen und manche Wohlfahrtseinrichtung, Verkürzung der Arbeitszeiten u. s. w. existirte noch nicht. Auch das Böse muß indirekt ja dem Guten dienen; das ist die Harmonie im Weltenlauf. Allein man wird dabei leider zugeben müssen, wie die Gesellschaft, und vorzugsweise die Arbeitgeber, denen doch, weil sie die Bedrohtesten sind, in erster Linie die Aufgabe zufiele, in diesen Kampf einzutreten, noch viel zu sehr dem Schauspiel mit gekreuzten Armen zusehen, sich damit begnügen, ihre Befürchtungen, auch wohl ihren Abscheu auszusprechen, im Uebrigen aber der Polizei und dem Staatsanwalt die ganze Sorge für die Unterdrückung jener verhängnißvollen Bewegung überlassen. Die große politische Presse ist allerdings, was die Haltung der meisten Blätter betrifft, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie einig; allein sie ist bisher ziemlich einflußlos geblieben, indem es ihr einmal nicht gelungen ist, die Gesellschaft und die Einzelnen zu einem wirksamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie anzustacheln, und indem auf der anderen Seite eine Belehrung und Einwirkung auf Besserung der Anhänger jener Lehre schon aus dem Grunde nicht eintreten konnte, weil diese Blätter selten in die Hände der Arbeiter gelangen. Wir belehren uns unnöthigerweise gegenseitig, die verführten Arbeiter aber belehrt niemand. Nebenbei liebäugelt aber auch ein Theil der politisch radikalen Blätter, namentlich in Berlin, Breslau, Frankfurt, Barmen u. s. w. sehr häufig, besonders bei den Wahlen, in recht bedenklicher Weise mit der Sozialdemokratie, und gerade diese Blätter, mit ihrem pikanten Stoff, liegen am häufigsten in den Wirthshäusern aus, wo die Arbeiter verkehren. Es ist deshalb sicherlich hohe Zeit, daß die Gesellschaft, und vor allem die Arbeitgeber, sich aus ihrem Schlaf aufrütteln, der Gefahr kühn ins Auge sehen und diejenigen Mittel zu deren Beseitigung ergreifen, welche in ihren Händen sind und welche, richtig geleitet und zusammengefaßt, weit einflußreicher und wirksamer verwerthet werden können, als es der alleinigen Thätigkeit der Staatsgewalt möglich ist.

Um dieſe feindlichen Bewegungen wirkſam und an der rechten Stelle bekämpfen zu können, iſt nun zweierlei nothwendig, einmal daß man ſich die Ziele der Sozialdemokratie und die Wege, auf denen dieſe Ziele einzig zu erreichen ſind, klar macht, zum anderen aber daß man die ſubjektive Eigenthümlichkeit des Feindes, mit welchem man zu thun hat, genau erforſcht und ſein Handeln hiernach einrichtet. Die Ziele der Sozialdemokratie hat Niemand klarer dargelegt, als der Fanatiker Bebel, die einzige bedeutende Perſönlichkeit unter ihren Führern. Sie erſtrebt in der Politik die Republik, in der Geſellſchaft den Sozialismus, in der Religion den Atheismus, in der Volkswirthſchaft den Kommunismus. Dieſes letzte Wort wird zwar niemals offen ausgeſprochen, da es für Jeden, der auch nur zum kleinſten Vermögen gelangt iſt, einen ſehr bitteren Klang hat. Die Geſellſchaft aber muß ſich klar werden, wie die Erreichung dieſes Zieles der kategoriſche Imperativ für die Zukunft der ſozialdemokratiſchen Partei iſt. Denn was hinderte ſonſt die Arbeiter, bei der in Deutſchland und auch in vielen anderen Ländern herrſchenden vollſtändigen Koalitionsfreiheit, die Bildung von Kooperativgenoſſenſchaften oder Produktivgenoſſenſchaften auf gemeinſchaftliche Rechnung ſofort ins Leben zu rufen, wenn es nicht eben der Mangel an Kapital wäre? Dieſes Kapital aber, oder, wie manche Sozialdemokraten ſich mildernd ausdrücken: die „Arbeitswerkzeuge" durch Expropriation der Beſitzenden in ihre Hände zu bringen und damit die Mittel zu einem gemeinſamen ſelbſtändigen Gewerbebetriebe zu gewinnen, iſt die nothwendige Vorausſetzung der Sozialdemokratie. Will ſie dieſes Ziel fahren laſſen, ſo fehlt ihr jede logiſche Berechtigung der Exiſtenz. Da nun aber eine Expropriation der Beſitzer, in welchem Umfange ſie auch geplant ſei, im Wege der Freiwilligkeit undenkbar iſt, ebenſo wenig als, nach Laſſalle's Forderung, der Staat freiwillig Milliarden hergeben wird, um Arbeiterwerkſtätten zu dotiren, ſo folgt hieraus unumſtößlich, wie die Revolution, die gewaltſame Umwälzung, nicht etwa als letztes äußerſtes Mittel, welches der friedlichere Theil der Partei wo möglich gar nicht anwenden möchte, erſcheint, ſondern als das einzig mögliche Mittel zur Durchführung ihrer Pläne und Erreichung ihrer letzten Ziele. Bebel hat logiſch alſo ganz Recht,

wenn er Jeden für einen Narren erklärt, welcher die Erstrebung der sozialdemokratischen Ziele ohne Revolution für denkbar halte. Es können in der That nur verschwommene, unklare Köpfe sein, welche sich für wahre Sozialdemokraten halten und dennoch von einer Beschränkung auf friedliche Mittel sprechen. Als Taktik nach außen ist dieses Vorschützen friedlicher Bestrebungen recht wohl erklärlich, aber nicht als Ergebniß einer logischen Schlußfolgerung, die von dem in unseren geselligen und staatlichen Verhältnissen gegebenen Boden, von den Grundlagen der Familie und des Eigenthums, zu dem von der Sozialdemokratie vorgesteckten Ziele hinführen soll.

Die Arbeitgeber müssen sich also voll und ganz gewärtig halten, wie es in letzter Instanz im Wege gewaltsamer Umwälzung auf die Aneignung ihres ganzen, oder eines Theiles ihres wohl erworbenen Vermögens abgesehen ist, und dann aus dieser mit ganzer Klarheit fest zu haltenden Anschauung die Ueberzeugung schöpfen, wie die kräftigste Abwehr Noth thut. Denn es kann vernünftigerweise heutzutage nicht mehr geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Bewegung nicht von selbst im Sande verlaufen, sondern, wenn ihr nicht Einhalt gethan wird, täglich an Ausdehnung und Stärke gewinnen wird.

Wenn aber die Erkenntniß von der Verderblichkeit der letzten Ziele der Gegner dem Kampfe seine Weihe und seinen Ernst geben muß, so bietet diese Erkenntniß zunächst noch keinen Fingerzeig, auf welche Weise der Kampf zu führen, wie, gegen wen und durch welche Mittel er einzuleiten und durchzuführen sei.

Wir haben es bei der Sozialdemokratie mit einer Genossenschaft zu thun, die aus außerordentlich verschieden gearteten Elementen zusammengewürfelt ist. Fassen wir z. B. die Verhältnisse in Berlin ins Auge, wo bei den letzten Wahlen etwa 95 000 Stimmen auf die sozialdemokratischen Candidaten fielen, so schätzen Personen, welche den Verhältnissen sehr nahe stehen und das sicherste Urtheil hierin haben, die Zahl der wirklich in dieser Bewegung im Allgemeinen thätigen Führer und Agitatoren, sei es, daß diese Thätigkeit in den Komites, in den sogenannten Korporas oder in den einzelnen Arbeitsstätten oder durch Vertrauenspersonen ausgeübt wird, sich auf allerhöchstens 8- bis 900 beläuft. Das Gros der von ihnen geleiteten Partei stuft sich bezüglich seiner Theilnahme an der Be-

wegung sehr wesentlich ab. Ihnen ist nur gemeinsam eine aus Aufreizung hervorgegangene Feindseligkeit gegen die Reichen, die Arbeitgeber und den Staat, sowie die aufgestachelte Begehrlichkeit nach höheren Einnahmen, bei geringerer Arbeitsleistung, dies alles aber wieder in den verschiedensten Graden und Abstufungen.

Die thätigsten und eifrigsten Mitglieder besitzt die Berliner Sozialdemokratie in den Bauhandwerkern, namentlich den Maurern und Zimmerleuten, sowie Handlangern und sonstigen Bauarbeitern, wobei besonders beobachtet wird, wie diejenigen Gesellen, welche in festem Lohnverhältniß zu einzelnen Meistern stehen, weit weniger heftig auftreten als die Bauhandwerker, welche von den Bauunternehmern von Fall zu Fall angenommen und verabschiedet werden. Unter diesen sind besonders auch die Veranstalter der zuweilen auftauchenden Arbeitseinstellungen zu suchen. Die Bauhandwerker machen nur 6 pCt. der gewerblichen Arbeiter Berlins (21 000 von 350 000) aus und bilden doch das Rückgrat der ganzen sozialdemokratischen Bewegung. Es ergiebt sich schon hieraus, wie die Sozialdemokratie nichts weniger als gleichmäßig im Arbeiterstand verbreitet ist und wie wesentlich Bildungsgrad, Beschäftigungsweise und Verhältniß zu den Arbeitgebern hierbei mitspielen.

Nächst den Bauhandwerkern stellen wohl die Tischler, Tapezierer, Töpfer, Former, Buchdrucker, Schriftsetzer, auch Cigarrenarbeiter das größte Kontingent an Sozialdemokraten. Die übrigen Handwerker sind theils mehr, theils weniger von solchem Geiste beseelt, und gilt dieses namentlich auch von den Fabrikarbeitern. In einzelnen Fabriken gehört der größte Theil der Arbeiter der Sozialdemokratie an, ein anderer Theil neigt mehr zum politischen Radikalismus und ein noch größerer, vielleicht der größte Theil, verhält sich, ebenso wie ein großer Theil der Handwerksgesellen, ziemlich neutral in dieser ganzen Bewegung, indem er auf Zukunftsbilder nichts giebt und keine Lust hat, Geld für Agitatoren und Agitationen auszugeben, von dem er niemals einen Pfennig wiedersieht. Nirgends ist aber von einer einflußreichen Vereinigung von Gegnern der Sozialdemokratie im Arbeiterstande die Rede, welche sich positiv an dem Kampf gegen dieselbe betheiligt.

Wenn also auch offenbar ein großer Theil der Arbeiter nicht

bloß aus Indifferenz, sondern aus Ueberzeugung der Sozialdemokratie entgegensteht, ja manche Arbeiterklassen vornehm darauf herabsehen, so hat dieses für die im Zuge befindliche Bewegung doch keinen Widerstandswerth, weil selbst die größte passive Majorität einer rührigen Minorität immer das Feld räumen muß.

Wenn aber, nach sachkundiger Schätzung, die Sozialdemokratie in Berlin zu etwa drei Vierteln aus Fabrikarbeitern, Gesellen, Handlangern und Gehülfen bestehen mag, so bildet das letzte Viertel das seltsamste Konglomerat, welches sich denken läßt. Es setzt sich zusammen sowohl aus überzeugten Anhängern der Sozialdemokratie als aus Unzufriedenen jeder Bevölkerungsschicht, denen sich dann, wie es überhaupt in jeder Partei zu sein pflegt, immer eine Anzahl beigesellt, welcher sie ein Gegenstand des Gelderwerbs, des Ehrgeizes, der Eitelkeit, des Sports oder der Aufregung ist. So finden sich in diesem letzten Drittel der Berliner Sozialdemokratie katilinarische Existenzen aller Farben, kleine Handwerker und Besitzer, kleine Kaufleute und Gehülfen, Journalisten und Winkelschreiber, Restaurateure, Budiker, Portiers, Bediente und vor Allem auch eine große Schaar von Beamten der untersten Rangstufen zusammen, in welchen Kreis sich dann auch hier und da irgend ein Mitglied der sogenannten besseren Gesellschaftsklassen aus Ueberzeugung oder Eitelkeit verirrt. Viele davon schwanken auch zwischen sozialdemokratischen und radikalpolitischen Ansichten oder verquicken beide mit einander.

Die Anzahl dieser auf der Grenzscheide beider Parteien stehenden Personen dürfte sich noch wesentlich vermehren, nachdem von einzelnen Vertretern der radikalen politischen Partei bei den letzten Wahlen, trotz der eminenten Verschiedenheit ihrer theoretischen Grundsätze, eine taktische Einheit beider Parteien proklamirt worden ist, wonach es gleichgültig sei, welche von beiden die meisten Stimmen erhalte. Daß durch solche taktischen Rücksichten die radikal politische Partei bewogen worden ist, sich von dem Kampf gegen die Sozialdemokratie fast ganz zurückzuziehen, welchen gerade sie bei den von ihnen vertretenen wirthschaftlichen und sozialen Grundsätzen am allerschärfsten zu führen berufen wäre, ist auch eine Signatur der Zeit, und verdankt man dieser — zum mindesten gesagt — Indifferenz sicherlich auch einen Antheil am Wachsthum der Sozialdemokratie.

In anderen Mittelpunkten der sozialdemokratischen Bewegung mag die Zusammensetzung der Partei eine relativ verschiedene sein; es treten jedoch immer die hier geschilderten Elemente und Richtungen hervor, und danach muß der Kampf sich einrichten. Wir stehen also keineswegs einer homogenen, in sich geschlossenen und gleichmäßig überzeugten Menge gegenüber, noch weniger aber einer Menge, deren Stimmung ohne Weiteres nach den Aeußerungen ihrer Führer beurtheilt werden darf. In dem Uebergange vom fanatischen Agitator bis zu dem letzten Unzufriedenen, der gedankenlos eben mitläuft, weil er sich stets dahin wendet, wo die Opposition gegen die Staatsgewalt am entschiedensten hervortritt, ist jede Nüance der Gesinnung, von der äußersten Heftigkeit bis zur farblosen Indifferenz, vertreten. Man darf also im Großen und Ganzen die nominellen Anhänger der Sozialdemokratie, also diejenigen, welche bei den Wahlen sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben, keineswegs als durchweg schlechte oder unverbesserliche Menschen ansehen. Bei einer solchen Anschauung würde es sich allerdings entschuldigen, ja rechtfertigen, wenn man den ganzen Kampf lediglich der Polizei und dem Staatsanwalt überließe. Unsere Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Erfolgsmöglichkeit eines planmäßigen Feldzugs gegen die Sozialdemokratie wurzelt aber in der Anschauung, daß der bei weitem größte Theil ihrer Anhänger durchaus nicht bösartig oder besserungsunfähig, sondern nur aufgereizt und erbittert ist. Auf ihre Bekehrung und Versöhnung einzuwirken ist die erste Aufgabe; die zweite fast noch wichtigere aber geht dahin, die noch nicht ergriffenen Arbeiter vor der weiteren Ansteckung zu schützen. Wenn also selbst die erste, auf Besserung gerichtete Absicht sich nur theilweise und unvollkommen erfüllen sollte — und allzu großen Illusionen in dieser Beziehung darf man sich allerdings nicht hingeben —, so bliebe schon der zweite Zweck, die noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Stehenden vor dem Hineinziehen in jenen Strudel zu bewahren, an und für sich ein würdiges und hochbedeutsames Ziel gewissenhafter Bestrebungen.

Nachdem wir die Natur des Feindes und das Wesen der Lehren, die wir zu bekämpfen haben, besprochen haben, lassen wir nun unsere Vorschläge folgen über die besten Wege und Mittel, um in

den Kampf gegen die Sozialdemokratie einzutreten und ihn mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Wir schicken voraus, daß niemand erwarten möge, hier bisher unbekannten, neu erfundenen Methoden und Plänen, bisher unbekannten philantropischen oder humanistischen Rezepten oder auf optimistische Voraussetzungen fußenden Vorschlägen zu begegnen. Was wir zu sagen, worauf wir die Aufmerksamkeit zu lenken haben, sind lauter Dinge, welche im Bereich der Kenntniß jedes Gebildeten und insbesondere jedes in die sozialpolitischen Fragen Eingeweihten liegen. Es handelt sich für uns nur darum, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, diese Mittel der Abwehr auch wirklich in Bewegung zu setzen.

Wir glauben daß der Arbeitgeber seine Aufmerksamkeit hauptsächlich drei Punkten zuzuwenden hat, erstens seinen persönlichen Beziehungen zu den Arbeitern und der Befriedigung gerechter Ansprüche derselben, sodann dem Eintreten in den Kampf mit der Sozialdemokratie durch Wort und Schrift, und endlich seiner Stellungnahme zu der im Zuge befindlichen und noch weiter auszubildenden sozialpolitischen Gesetzgebung.

Von den vorerwähnten Aufgaben der Arbeitgeber in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie und zur Herstellung des sozialen Friedens behandeln wir hier zunächst diejenigen, welche in die Domäne des Einzelnen fallen, und ist auf diesem Gebiet, insofern nur jeder Einzelne seine Pflicht thut, die Lösung des Konfliktes unstreitig am vollständigsten und nachhaltigsten zu bewirken, während selbst die bestgeleitete und intensivste Thätigkeit von Vereinen ihre Wirksamkeit nicht bis zur letzten und entscheidenden Stufe der Aussöhnung, dem Ausgleich zwischen jedem einzelnen Arbeitgeber und seinen Arbeitern, erstrecken kann. Diese Aufgaben fassen wir also zuerst ins Auge, werden aber später zeigen, wie Vereinsthätigkeit und Gesetzgebung organisch in die Lösung der Gesammtaufgabe einzugreifen haben und hierfür nicht bloß nützlich, sondern unentbehrlich sind.

Allerdings vertheilt sich diese nächste Aufgabe auf so viele einzelne Persönlichkeiten, welche an Intelligenz, Humanitätsgefühl,

Mitteln u. ſ. w. unendlich verſchieden veranlagt ſind, daß der Fortſchritt auf dieſem Gebiete im großen und ganzen immer nur ein langſamer und ungleichmäßiger ſein wird. Es iſt hier der Strom der Zeit, welcher den einzelnen Arbeitgeber mit fortreißen muß, um ihn zu der Erfüllung ſeiner unmittelbaren Verpflichtungen gegen die ihm untergebenen Arbeiter anzuſpornen. Zunächſt muß der Arbeitgeber ſich unbedingt von der hergebrachten gefühlloſen Anſchauung frei machen, als ſtehe der Arbeiter mit Arbeitsmaſchinen in gleichem Range, als beſtände kein näheres menſchliches Band zwiſchen ihnen als habe der Arbeitgeber mit der Lohnzahlung und allenfalls noch mit loyaler Erfüllung der geſetzlichen Verpflichtungen gegen Kranke und Verunglückte ſeine geſammten materiellen und auch menſchlichen Pflichten dem Arbeiter gegenüber erfüllt. Auf dem Boden ſolcher Anſchauungen kann die Herſtellung des ſozialen Friedens unmöglich raſche und entſcheidende Fortſchritte machen; die bloße Furcht vor der Sozialdemokratie iſt eine höchſt ungenügende Triebfeder. Der Arbeitgeber muß ſich, ſoweit es noch nicht geſchehen, abſolut in die Anſchauung einleben, daß er in dem Arbeiter einen Menſchen zu erblicken hat, der mit ihm in gemeinſamer Arbeit thätig iſt und Anſprüche darauf hat, in dieſer gemeinſamen Thätigkeit eine menſchenwürdige Exiſtenz bis an ſein Lebensende zu finden.

Die ſozialdemokratiſche Lehre will den Unterſchied zwiſchen dem Arbeiter und Arbeitgeber aufheben, indem ſie beide zu gleichberechtigten Theilhabern macht. Wir wollen hier in eine Kritik dieſer Utopie nicht eingehen, wollen nicht weiter unterſuchen, ob es überhaupt denkbar und möglich ſei, die naturgemäße Scheidung zwiſchen den Aufgaben des Arbeitgebers und des Arbeiters und den daraus entſpringenden Unterſchied ihrer Stellung zu einander, jemals aufgehoben zu ſehen, da ſich doch ſtets die naturgemäßen Aufgaben der Arbeitsausführung von denen der Leitung und Beaufſichtigung ſcheiden werden, auch wenn man von den Anſprüchen abſieht, die die beſtehende Geſellſchaftsordnung dem Beſitzer des Geſchäftskapitals als ſolchem einräumt. Für uns ſteht die Trennung zwiſchen Arbeitgeber und Arbeiter als Fundament der ſozialen und wirthſchaftlichen Ordnung in Gegenwart und Zukunft feſt. Aber es iſt die von ſo vielen Arbeitgebern noch vollſtändig außer Acht gelaſſene menſch-

liche Beziehung zu dem Arbeiter, welche einer gründlichen Besserung bedarf und der eine vollständig andere Auffassung dieses Verhältnisses zu Grunde gelegt werden muß. Man begegnet nun hierbei oft der pessimistischen, nebenbei allerdings sehr bequemen Ansicht, als ob der Arbeiter für diese subjektive Annäherung unempfindlich sei, als ob es ihm lediglich auf Erfüllung seiner materiellen Ansprüche ankäme und er nur auf diesem Gebiete zu befriedigen und zu versöhnen sei. Diese Ansicht ist eine ebenso traurige als unbegründete. Im Gegentheil wird jeder, welcher mit den Arbeitern in längere und nähere Berührung gekommen ist und gründliche Gelegenheit hatte dieselben zu studiren, weit eher zu der Ueberzeugung gelangen, daß vielleicht kein gesellschaftlicher Stand fähiger ist, auch der idealistischen Richtung Rechnung zu tragen, der in materieller Beziehung opferwilliger ist, um in idealer Beziehung Befriedigung zu erlangen, als gerade der Arbeiterstand. Daß diese Eigenschaft gegenwärtig von den Führern der Sozialdemokratie zum Bösen mißbraucht wird, beweist nichts gegen ihr Vorhandensein und gegen die Berechtigung im umgekehrten Sinne auf sie zu bauen.

Es giebt selbstverständlich unter den Arbeitern wie in anderen Gesellschaftsklassen viele rohe, hartherzige, verstockte, von Natur undankbare Menschen und es leidet nicht den mindesten Zweifel, daß die herrschende sozialdemokratische Strömung die Zahl derselben vermehrt und auch in gut veranlagten Naturen vielfach ein Gefühl der Gereiztheit und des Mißtrauens erweckt hat, welches sie geneigt macht, in freundlichem Begegnen Seitens der Arbeitgeber zunächst nur egoistische Berechnung, in wohlthätigen Handlungen nur die Erfüllung von Pflichten zu sehen, für die der Arbeiter keinen Dank schulde, sondern die etwa nur als eine kleine Abschlagszahlung auf seine viel weitergehenden utopistischen Forderungen aufzufassen seien. Gewiß kann in dieser Beziehung auf einzelne Beispiele hingewiesen werden, wo selbst die höchste Opferwilligkeit, das höchste Maaß humanitärer Leistungen Seitens des Arbeitgebers, noch nicht erreichen konnten, ein friedliches Verhältniß und freundliche Beziehungen zwischen beiden zu erzielen. Allein ganz abgesehen davon, ob nicht in manchen solcher Fälle die Art und Weise wie der Arbeitgeber die materielle Wohlthätigkeit ausübte und welche Bedingungen er etwa

daran knüpfte, das Gefühl der Arbeiter verletzte, und er sich so selbst um den ihm gebührenden Dank betrog, — abgesehen hiervon, können wir nur sagen, daß solche Beispiele der Undankbarkeit und Unempfindlichkeit nur zu den Ausnahmen gehören, welche die Regel bestätigen, nicht entkräften. Es hieße im Großen und Ganzen die thatsächlichen Verhältnisse vollständig verkennen, die tägliche Erfahrung verleugnen, wenn man in Abrede stellen wollte, daß das gute oder schlechte Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern als Regel durch die Behandlung der letzteren Seitens der ersteren bedingt wird. Wo die Arbeiter gut, menschlich, wohlwollend behandelt werden, da herrscht fast ausschließlich ein gutes Verhältniß zwischen beiden, welches der Sozialdemokratie keinen Vorschub leistet, ja selbst geeignet ist auch diejenigen Anhänger derselben im konkreten Falle mit dem Arbeitgeber zu versöhnen, welche nicht gerade zu den verbissensten und unverbesserlichen gehören.

Wir können in dieser Beziehung auf Gott sei Dank sehr zahlreiche Fälle hinweisen, wo es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, in das Verhältniß zwischen den Arbeitern und ihrem Arbeitgeber störend einzugreifen. Nichts wäre also unberechtigter, als sich der bequemen Anschauung hinzugeben, es sei mit der Lohnzahlung an die Arbeiter und der Beobachtung gesetzlicher Vorschriften genug, und jede menschliche Güte sei nutzlos an dieselben verschwendet; zufrieden zu stellen seien sie doch nicht. So lange diese Ansicht verbreitet bleibt, so lange sich die große Zahl der Arbeitgeber, welche bisher in Indolenz verharrte, solcher Anschauungen nicht ein für allemal entschlägt, so lange nicht in ihnen das Gefühl moralischer Verpflichtung auf diesem Gebiete rege wird, zugleich mit dem Bewußtsein wie sie hauptsächlich nur auf diesem Wege der drohenden sozialen Gefahr entgegenwirken können, so lange werden die Bemühungen des Staats, der Vereine, der Presse oder einzelner Menschenfreunde zum größten Theile wirkungslos bleiben. Es wird ihnen ihr wesentlichstes Fundament fehlen. Es heißt aber nicht bloß, jenen Weg versuchsweise einschlagen, sondern auch konsequent verfolgen. Wenn manche aus dem Grunde davon zurückkommen, weil ihre Bemühungen nicht gleich gewirkt haben, nicht sofort mit Dank anerkannt worden sind, und sie sich deshalb berechtigt glauben, die Arbeiter allgemein als undankbar

und des Entgegenkommens unwürdig anzusehen, so hat diese Auffassung in keiner Weise ihre Berechtigung. Denn der Arbeitgeber muß nicht bloß dem Einfluß der geschilderten Strömung Rechnung tragen, welche der Förderung des Dankgefühls in den Arbeitern sicherlich nicht günstig ist, sondern er muß sich auch von dem Fehler fern halten, daß er überhaupt auf Dank gerechnet, daß er nicht bloß im Bewußtsein der Erfüllung von Pflichten gehandelt hat, welche ihm eine echt menschliche und christliche Gesinnung und in letzter Instanz sogar sein eigenes, durch jene Strömungen bedrohtes Interesse auferlegen. Wer überhaupt auf Dank spekulirt verrechnet sich in der Regel und zwar auch in anderen als Arbeiterkreisen; wer aber nicht darauf rechnet, wird sich weit öfter freudig überrascht, als jener getäuscht finden.

Wenn deshalb ein Arbeitgeber sich von der drohenden Gefahr der Sozialdemokratie und von der Nothwendigkeit auch seinerseits derselben entgegenzuarbeiten zu überzeugen beginnt, so ist für ihn die erste und nächste Aufgabe, sein eigenes Verhältniß zu seinen Arbeitern zu untersuchen und der gewonnenen Erkenntniß gemäß zu handeln. Der Eintritt in die darüber hinausgehende gemeinsame Thätigkeit hat keinen Boden und kann unmöglich in Arbeiterkreisen Anerkennung finden, wenn der betreffende Arbeitgeber nicht vorher den thatsächlichen Beweis geliefert hat, daß er seinen zunächst liegenden Pflichten in den Beziehungen zu seinen eigenen Arbeitern genügt und da wo er Herr ist das Humanitätsprinzip, dessen Pflege und Erweiterung die höchste Aufgabe der Gegenwart bildet, zur praktischen Geltung bringt.

Ein indirekter Beweis, daß nähere menschliche Beziehungen des Arbeitgebers zum Arbeiter das wirksamste Mittel sind, um der sozialdemokratischen Bewegung entgegenzuarbeiten, liegt auch darin, daß wir umgekehrt diese Strömung am stärksten und heftigsten gerade da vertreten finden, wo das Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeiter und die persönlichen Beziehungen derselben zu einander am schwächsten geknüpft sind. Wenn man überall die Bauhandwerker, namentlich aber diejenigen, welche nicht im festen Verhältniß zu einzelnen Meistern stehen, als die Hauptträger sozialdemokratischer Hetzerei und Rohheit betrachten muß, so stimmt es mit den vorher-

gegangenen Erörterungen vollständig überein, wenn man hier das lose und zeitlich rasch vorübergehende Verhältniß zu den Bauunternehmern als die Ursache ansieht.

Einen der stärksten Beweise für den versöhnenden Einfluß menschlicher Beziehungen liefert das Gebiet der Landwirthschaft. Wenn auch die landwirthschaftlichen Löhne in den letzten Dezennien ansehnlich gestiegen sind, so kann man doch im Allgemeinen nur sagen, daß die materielle Lage der ländlichen Arbeiter hinter der der gewerblichen wesentlich zurücksteht, daß also eine materielle Befriedigung auf letzterem Gebiet mehr als auf ersterem zu finden ist. Der geringeren Lohnzahlung auf dem Lande tritt überdies der Umstand hinzu, daß die Behandlung der Arbeiter Seitens der Gutsherren sehr häufig eine gewohnheitsmäßig schroffe und herrische, mit Höflichkeit durchaus nicht übertünchte ist, auch die Arbeitszeiten vielfach über Gebühr ausgedehnt werden. Der Arbeiter in den Fabriken wird entschieden höflicher behandelt und hat durchschnittlich kürzere Arbeitszeiten und beträchtlich höheren Lohn als der Arbeiter auf dem Lande. Und dennoch ist es keine Frage, wie eine der Hauptursachen, weshalb die Sozialdemokratie noch so gut wie gar nicht in die ländliche Bevölkerung eingedrungen ist, und insbesondere seit Erlaß des Sozialistengesetzes das hier gewonnene Terrain fast vollständig wieder eingebüßt hat, darin zu suchen ist, daß das Verhältniß der Arbeiter zu den Gutsherren ein menschlich näheres ist, einmal weil ein weit seltenerer Wechsel der Arbeiter stattfindet, und der Arbeiter in der Regel von Jugend auf bis zum Alter demselben Herrn dient, noch mehr aber weil die Gutsherren und ihre Familien zu ihren Arbeitern in der Regel in engeren persönlichen Beziehungen stehen, ihnen insbesondere in Noth, Krankheit, Unglück, Alter, so schmal die aufgewandten Unterstützungsmittel auch sein mögen, mehr menschliche Theilnahme bezeugen, als dies in der Mehrzahl der gewerblichen Unternehmungen geschieht.

Liegt es auch in der Natur der Dinge, daß sich im Gewerbeleben, namentlich im großen Fabrikbetriebe, wo oft Tausende von Arbeitern in einer Unternehmung zusammengedrängt sind, keine solche Intimität der persönlichen Beziehungen zu dem Arbeitgeber entwickeln, das gegenseitige Verhältniß also vielleicht niemals ein so

enges und für Bewahrung des sozialen Friedens wirksames sein und werden kann, wie das Verhältniß zwischen dem Gutsherrn und seinen Arbeitern, so liegt hierin gerade eine doppelte Aufforderung für den gewerblichen Arbeitgeber, die durch die Natur der Dinge gegebene Erschwerung der näheren persönlichen Beziehungen zu den Arbeitern sowohl durch Herbeiziehung von Hülfskräften für seine humanen Bestrebungen, als durch Erweiterung nnd Vertiefung seiner in dieses Gebiet fallenden Aufgaben auszugleichen.

Will der gewerbliche Arbeitgeber den Beziehungen zu seinen Arbeitern eine gesicherte Grundlage geben, auf welcher er humanistisch fortbauen kann, so wird es vor allem nöthig sein, daß er an seine Arbeiter nicht bloß den Maaßstab ihrer Geschicklichkeit und Nützlichkeit anlegt, sondern auch deren moralische Qualifikation prüft und auf deren Hebung hinwirkt. Die erste Verpflichtung, welche er in dieser Beziehung zu erfüllen haben wird, ist die, mit sorgsamem Auge darüber zu wachen, daß wirkliche Hetzer und Friedensstörer von der Gemeinschaft seiner Arbeiter ausgeschlossen bleiben. Sehr unräthlich wäre es dagegen, in dieser Beziehung so weit gehen zu wollen, wie es allerdings an manchen Stellen geschieht, nämlich alle Arbeiter sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses ohne Weiteres zu entlassen. Es wäre dies ein entschiedener Fehler, welcher nur die Intensität der sozialdemokratischen Bewegung stärken und jede Bemühung unterbinden müßte, auf solche oft sehr tüchtige und ursprünglich gut veranlagte Arbeiter bessernd einzuwirken. Man muß sie als Irregeleitete, Verführte, nicht als unverbesserliche Sünder betrachten. Es ist, wie schon gesagt, ein Irrthum und eine Ungerechtigkeit, die Arbeiter, welche sich äußerlich zur Sozialdemokratie bekennen und mit derselben stimmen, im Allgemeinen und ohne individuelle Auswahl für schlechte und gefährliche Menschen zu halten. Es befindet sich darunter eine große Zahl der sonst tüchtigsten Kräfte, bei denen nur die Begehrlichkeit angestachelt wurde und die durch falsche Lehren bethört und verhetzt worden sind. Hier gilt es, denselben den Weg zur Besserung nicht zu verschließen, sondern diese Besserung durch eine humane und gerechte, den Unterschied des sozialen Glaubensbekenntnisses möglichst ignorirende gleichmäßige Behandlung Seitens des Arbeitgebers einzuleiten

Ueberhaupt wird stets eine wesentliche Aufgabe des Letzteren sein, die Freiheit der Ueberzeugung des einzelnen Arbeiters nicht anzutasten, wenn er auch sicherlich die Verpflichtung hat, im Allgemeinen auf dessen Belehrung und Besserung einzuwirken. In religiösen und politischen Dingen insbesondere soll der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber höchst vorsichtig sein, vor Allem niemals aus solchen Gründen Bevorzugung des einen, Benachtheiligung oder Entlassung des andern vornehmen. Der Arbeiter muß die Ueberzeugung gewinnen, daß es dem Arbeitgeber fern liegt, die Freiheit seiner persönlichen Anschauung beeinträchtigen zu wollen, und daß derselbe nur da auf den Arbeiterstand einzuwirken versucht, wo die Berechtigung hierzu sich auf allgemein menschliche und christliche Grundbegriffe und auf das beiderseitige Interesse an Frieden und gutem Einvernehmen stützt.

Als eines der hervorragendsten und dankbarsten Gebiete der Einwirkung in dieser Beziehung ist die Sorge für Aufrechterhaltung und Vertiefung des patriotischen Gefühls der Arbeiter zu betrachten. Nirgendwo kann wirksamer der Hebel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der durch sie hervorgerufenen Verbitterung angesetzt werden, als indem man ihrer republikanisch-internationalen Vaterlandslosigkeit durch die Betonung der Liebe zum eigenen Vaterlande, zum Landesherrn, zu Kaiser und Reich entgegentritt. In dieser Beziehung bilden namentlich die Kriegervereine ein der höchsten Unterstützung würdiges Band, welches auch da noch seine zusammenhaltende Kraft bewährt, wo im Uebrigen die Spannung der sozialen, religiösen und politischen Gegensätze ihren höchsten Grad erreicht hat. Ueberhaupt liegt das schönste und wirksamste Moment jeder Versöhnung darin, daß man gemeinsame Ziele erstrebt, das hoch hält was bindet, das zurückdrängt was trennt.

Die sorgsame Pflege des Patriotismus und die Feier seiner Gedenktage, welche wir als eine spezielle Aufgabe der Arbeitgeber betrachten, und für welche diese höchst wirksam eintreten können, darf aber, wie schon angedeutet, in keinem Falle dahin ausgedehnt werden, daß der Arbeitgeber auch seine persönlichen politischen und religiösen Ueberzeugungen den Arbeitern aufdrängen und in dieser Richtung, namentlich auch bei den Wahlen, einen äußeren Druck auf

ſie ausüben will. Er muß die Selbſtſtändigkeit des Arbeiters in jeder Beziehung und ſelbſt da achten, wo ihm die Arbeiter gemeinſam gegenüber ſtehen. Es iſt ein großer Mißgriff der meiſten Arbeitgeber, wenn ſie überhaupt jeder auf abweichenden Anſichten fußenden Arbeiterkoalition entgegentreten zu müſſen glauben. Sie müſſen die Meinungs- und Koalitionsfreiheit der Arbeiter, ſelbſt wenn deren Gebrauch ſich im konkreten Falle gegen ſie ſelbſt richtet und ihnen einmal unbequem, ja ſchädlich geworden iſt, als ein unveräußerliches Recht derſelben betrachten, überhaupt die Vertretung der Arbeiterintereſſen in gemeinſamer Organiſation nicht ohne Weiteres als Feindſeligkeit gegen die Arbeitgeber auffaſſen, dieſelbe vielmehr auf gute Wege zu leiten ſuchen.

Wenn wir vom allgemeinen auf das beſondere Gebiet der Arbeiterfürſorge übergehen, ſo könnte es überflüſſig erſcheinen, alle die bekannten Mittel und Wege aufzuzählen, durch die hier zur Herſtellung des ſozialen Friedens und im Speziellen zur Herſtellung eines menſchlich freundlichen Einvernehmens zwiſchen dem einzelnen Arbeitgeber und ſeinen Arbeitern eingewirkt werden kann. Und dennoch mag es nicht unnöthig erſcheinen, hier an Einzelnes zu erinnern, welches vielfach außer Augen gelaſſen wird und wo doch die ſtärkſten Hebel der Verſöhnung anzuſetzen ſind.

Im Allgemeinen läßt ſich die hier in Rede ſtehende Aufgabe in den Begriff der guten Behandlung der Arbeiter zuſammenfaſſen. Die beſten Abſichten der Arbeitgeber werden aber vielfach auf dieſem Gebiete durchkreuzt, indem die Beamten, und namentlich die unmittelbar mit den Arbeitern verkehrenden Meiſter, den wohlwollenden Intentionen des Arbeitgebers nicht entſprechen, vielmehr ihnen durch Rückſichtsloſigkeit und ſchlechte Behandlung geradezu, wenn auch oft unbewußt, entgegenarbeiten. Auf dieſem Gebiete wird vielfach geſündigt, und es kommt namentlich häufig vor, daß gerade die aus dem Arbeiterſtande ſelbſt hervorgegangenen Meiſter die Arbeiter am härteſten und rückſichtsloſeſten behandeln, ſo daß Mißſtimmungen entſtehen, von deren Urſprung der Beſitzer des Werkes oft keine Ahnung hat. Dieſe Quelle zu verſtopfen und eine Gemeinſamkeit wohlwollender, gerechter Behandlung vom Herrn herab bis zu dem letzten Angeſtellten zu erreichen, muß eine weſentliche Auf-

gabe des ersteren sein, wenn er seine eigenen persönlich wohlwollenden Absichten nicht geschwächt oder gar aufgehoben sehen will.

Das wesentlichste Korrelat der guten Behandlung ist natürlich der gute Lohn. Der Arbeitgeber befindet sich hier ja vielfach in einer ihm durch die Konkurrenz diktirten Zwangslage, die ihn sogar wider Willen nöthigen kann, Löhne herabzusetzen, Arbeiter zu entlassen, wenn dies auch gegen sein eigenes Gefühl geht. Auf der anderen Seite dagegen soll der Arbeitgeber, so wie er selbst bei günstigen Zeiten höhere Preise für seine Fabrikate fordert, auch das Gebot der Billigkeit beachten und die Arbeiter an einer andauernden Besserung der Verhältnisse Theil nehmen lassen. Es ist eine philanthropische Utopie, daß diese Rücksicht jemals in irgend nennenswerthem Umfange zu einer direkten Betheiligung der Arbeiter am Gewinn führen könne und solle. Eine Betheiligung am Gewinn, wo die Unmöglichkeit vorliegt einer Betheiligung am Verlust gerecht zu werden, kann der Arbeiter unmöglich fordern, der Arbeitgeber nur in den seltensten Fällen gewähren. Die Gewinnbetheiligung des Arbeiters bildet eben der Arbeitslohn. Der Anspruch der Arbeiter aber, bei höherem Unternehmergewinn auch auf höhere Arbeitslöhne und insbesondere auf Wiederherstellung früherer Lohnhöhen, Anspruch machen zu können, muß im Prinzip als gerechtfertigt angesehen werden, wenn auch selbstverständlich das Lohnniveau nicht gleich jeder vorübergehenden günstigen Konjunktur, sondern dem allgemeinen Geschäftsgange angepaßt werden muß, um der fatalen Nothwendigkeit auszuweichen, Löhne nur für eine beschränkte Zeit erhöht zu haben und dieselben bald nachher wieder herabsetzen zu müssen. Es sind vielmehr Durchschnittssätze zu greifen, welche voraussichtlich für längere Zeit die Möglichkeit ihrer Fortgewährung einschließen. Die Lösung der sozialen Frage, deren Hauptmoment in der allmählichen, nachhaltigen Steigerung des Lohnniveaus gelegen ist, kann durch nichts stärker beeinträchtigt werden, als wenn zu Zeiten ein plötzliches Erhöhen der Löhne eintritt, welches auf die Dauer ganz unhaltbar ist. Vielleicht hat kein Umstand die Sozialdemokratie stärker gefördert, ihr zahlreichere und erbittertere Anhänger zugeführt, als der Rückschlag der außerordentlichen Lohnerhöhung im Anfange der siebziger Jahre. Jedes Glas Champagner,

welches damals ein Arbeiter getrunken hat, ist ihm zum Giftkelch geworden. Daß das Lohnniveau sich steigern läßt, ja naturnothwendig von selbst steigt, ohne die Existenz der Unternehmer und ihren berechtigten Gewinn zu gefährden, wenigstens über Gebühr zu mindern, beweist am besten ein Rückblick auf die Lohnverhältnisse früherer Zeiten. Man kann durchschnittlich annehmen, daß in Deutschland seit 40 bis 50 Jahren die Löhne im Gewerbe, im Handel, im Handwerk und insbesondere auch in der Landwirthschaft sich mindestens verdoppelt haben. Ein allmähliches Steigen des Lohnniveaus darf also auch der Arbeiter von der Zukunft mit voller Berechtigung erwarten und beanspruchen, und der Unternehmer muß bereit sein, dasselbe zu gewähren. Es wäre inhuman und zugleich höchst kurzsichtig, einen Stillstand im Fortschreiten des Lohnniveaus zu erstreben, ja nur für möglich zu halten. Der Unternehmer wird dazu auch in den Stand gesetzt, weil nach der allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus die Preise der Produkte, von dem Einfluß wechselnder Konjunkturen technischer Fortschritte und Verschiebungen der Konkurrenzverhältnisse abgesehen, sich regeln. Das Streben nach einer solchen allmählichen Erhöhung der Löhne ist also von Seiten der Arbeiter ein vollständig berechtigtes, soweit es die dem Arbeitgeber durch die Konkurrenz gezogenen Grenzen achtet, und es ist unabweisbare Pflicht des Arbeitgebers, demselben so weit zu entsprechen, wie es die Rücksicht auf Gegenwart und Zukunft seines Unternehmens nur gestattet. Dem denkenden Arbeitgeber wird auch nicht entgehen, daß durchschnittlich in den Ländern des höchsten Arbeitslohns die Unternehmungen aller Art sich am besten, in Ländern des niedrigsten Arbeitslohns am schlechtesten rentiren. Der steigende Arbeitslohn drängt nämlich von selbst auf die gesteigerte Anwendung von Maschinen, Werkzeugen, Motoren, deren Anwendung bei niedrigeren Arbeitslöhnen unrentabel war, und in dieser Wechselwirkung liegt die Versöhnung der scheinbar unversöhnlich gegenüberstehenden Interessen des Arbeitgebers und Arbeiters an den Lohnsteigerungen.

Die richtige Auffassung der mit elementarer Gewalt auftretenden und fortschreitenden Bewegung auf dem Gebiet der Arbeitslöhne wird also den Arbeitgeber dahin bringen müssen, in dem Verlangen der Arbeiter nach Lohnerhöhung kein feindseliges, sondern ein in sich

gerechtfertigtes Beginnen zu erblicken und jeder Unternehmer thut wohl, sich hierzu nicht erst durch Koalitionen und Strikedrohungen zwingen zu lassen, sondern freiwillig in dieser Beziehung zu thun, was gerecht und billig ist. Diese Rücksicht gilt insbesondere auch für Akkordarbeiten; das übermäßige Herabdrücken der Preise, wozu insbesondere die Meister oft mehr hinneigen, als die Besitzer, zwingt den Arbeiter zu Ueberanstrengungen und macht viel böses Blut.

Die englischen Gewerkvereine, soweit sie sich über Löhne und Akkorde durch Delegirte mit den Arbeitgebern zu verständigen suchen, können in vieler Beziehung als Vorbild dienen, und wenn sie den Arbeitgebern auch oft höchst unbequem sind, indem sie sich bei günstigeren Konjunktionen sofort mit den Ansprüchen auf Lohnerhöhung melden, so gewähren sie doch auch erfahrungsmäßig sehr häufig das Mittel Streitigkeiten und Strikes zu verhüten, wenn die Unternehmer in Krisen zu Herabsetzungen der Löhne nachweislich gezwungen werden.

Der Arbeitgeber handelt überdies im eigenen Interesse, wenn er solche Arbeiter bevorzugt, welche sich ein hervorragendes Verdienst um die Bewahrung des Friedens und die Besserung der Anschauungen in der Arbeiterwelt erwerben. Es ist überhaupt eine der Hauptaufgaben des Arbeitgebers, vielleicht die wichtigste von allen, in der jetzigen Bewegung nicht bloß den bösen Elementen entgegenzutreten, sondern die guten und gesunden zu stärken.

Neben der thunlichsten Aufbesserung des Arbeitsverdienstes bleibt aber noch ein weites Feld offen, um allgemein verbreiteten und in sich gerechtfertigten Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen. Einer der am meisten verbreiteten und innerhalb vernünftiger Schranken gewiß berechtigten Wünsche der Arbeiter betrifft unter Andern die möglichste Abkürzung der Arbeitszeit, die selbstverständlich nicht mit einer Verkürzung des Lohnes verbunden sein darf. In neuerer Zeit bewegt sich ja auch das Bestreben der denkenden und humanen Gewerbtreibenden ganz entschieden in dieser Richtung. Auch der schlechte Gang der Geschäfte, die Ueberproduktion der letzten Jahre, hat wenigstens das eine Gute im Gefolge gehabt, in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber der Ueberzeugung Bahn zu brechen, wie eine übermäßige Anspannung der Arbeitskräfte gar nicht einmal in ihrem

eigenen Intereſſe gelegen ſei. Man kann im Allgemeinen annehmen, daß zur Zeit in Deutſchland eine Arbeitszeit von 11 Stunden die Regel bildet, und es ſind bereits große Fabrikdiſtrikte, namentlich in Weſtphalen und Rheinland, wo ſchon die 10 ſtündige Arbeitszeit ſich einbürgert. Daneben iſt aber nicht zu verkennen, in wie weitem Umfange doch noch eine übermäßige Anſtrengung der Arbeiter durch Ueberlaſtung mit Arbeitsſtunden ſtattfindet, was auch die Berichte der Fabrikinſpektoren unzweifelhaft beſtätigen. Auch in der Landwirthſchaft wird den Arbeitern, namentlich auch dem Geſinde, die nöthige Nachtruhe häufig nicht gegönnt. In manchen Gegenden ſcheint den Arbeitgebern im Großen und Ganzen noch gar nicht einmal die Idee gekommen zu ſein, in ihrem eigenen Intereſſe, geſchweige denn aus Rückſichten der Humanität, zu unterſuchen, bis auf welche Grenze ſich die Arbeitszeit ermäßigen läßt, ohne hierdurch das Arbeitsquantum zu verringern. Es ſind ſehr wenige Fälle, wo ſich bisher nicht ſtets die Erkenntniß auf Grund thatſächlicher Beobachtungen Bahn gebrochen hat, daß eine vernünftige Herabſetzung der Arbeitszeit der Qualität der Arbeit nur zu Gute gekommen iſt und ihre Quantität nicht vermindert hat.

Es iſt alſo keine Frage, wie eine ſolche rationelle Herabſetzung der Arbeitszeit nicht bloß mit der Beibehaltung der bisherigen Lohnhöhe vereinbar war, ſondern wie der Fabrikant durch die Erſparniß an den Fabrikationsunkoſten eines früher unnöthig verlängerten Betriebes noch bedeutenden Vortheil gehabt hat. Es erſcheint hiernach als humane Pflicht und auch als ein Gebot des eigenen Intereſſes, daß überall, wo es noch nicht geſchehen, der Arbeitgeber die gründlichſte Unterſuchung anſtellt, um die Grenzen zu ermitteln, wo die kürzeſte Arbeitszeit ſich mit der beſten und höchſten Arbeitsleiſtung deckt. Das Reſultat dieſer Unterſuchung wird faſt in jedem Falle dahin gehen, daß die Herabſetzung auf eine 10-, höchſtens 11 ſtündige Arbeitszeit für alle Gewerbszweige zuläſſig und in allen Beziehungen vortheilhaft für beide Theile iſt. Die humanen Anſchauungen einzelner Arbeitgeber können hierbei ſehr wirkſam unterſtützt werden, wenn die Handelskammern, Vereine der Gewerbtreibenden u. ſ. w. auf die gemeinſame und gleichzeitige Durchführung ſolcher Maaßregeln in ganzen Diſtrikten hinwirken.

Es ist eine schwerwiegende und noch keinenfalls spruchreife Frage, ob die Herabsetzung der Arbeitszeit auf ein Maximum von etwa 11 Stunden, wie dies in der Schweiz und neuerdings auch in Oesterreich eingeführt ist, da wo sie bisher noch nicht freiwillig stattgefunden hat durch gesetzlichen Eingriff zu regeln sei, ob also eine auf den sogenannten Normal- oder Maximalarbeitstag hinzielende Maaßregel dem Arbeiter nützlich sei, ohne dem Arbeitgeber wesentlich zu schaden. Es wird noch längerer Zeit bedürfen, ehe die Ansichten der Arbeitgeber und der Gesetzgeber sich in diesem Punkte klären werden, ebenso auch die der Arbeiter selbst. Denn die angestellten Untersuchungen, wie die Berichte der Fabrikinspektoren beinahe auf jeder Seite ergeben, konstatiren es, daß in weiten Kreisen der Arbeiter die Forderung gesetzlicher Fixirung eines Normal- oder Maximalarbeitstages allgemein verbreitet ist, während in vielen Arbeitsbezirken, insbesondere in den ärmsten, die entgegengesetzte Neigung besteht, dem geringen Arbeitsverdienst durch Ueberstunden aufzuhelfen. So weit zu gehen, daß auch die Ueberstunden obligatorisch abzuschaffen seien, wird überhaupt bei einer vernünftigen Gesetzgebung gar nicht in Frage kommen können, weil die Eigenthümlichkeiten und Existenzbedingungen einer großen Zahl von Industriezweigen durchaus nicht gestatten, das ihnen unregelmäßig zugehende Arbeitsquantum das ganze Jahr hindurch innerhalb einer mechanisch vorgeschriebenen täglichen Stundenzahl regelmäßig erledigen zu können. Und bis jetzt kann sich eine große Anzahl von Arbeitgebern überhaupt noch nicht mit dem Gedanken befreunden, daß ihnen bezüglich der Regelung ihrer Verhältnisse zu den erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen irgend ein polizeilicher Zwang oder eine Kontrole aufzuerlegen sei. Dabei darf jedoch konstatirt werden, daß täglich die Anzahl der gewerblichen Unternehmer wächst, welche einen Maximalarbeitstag, soweit er nur Mißbräuche abschneidet und die nothwendige Freiheit der wirthschaftlichen Bewegung nicht weiter hindert, als es Humanitätsrücksichten gebieterisch fordern, durchaus nicht mit ungünstigen Augen ansehen. Rücksichten auf Ausgleichung der inneren Konkurrenz sprechen ebenfalls dafür, mit der Arbeitszeit auf ein gleichmäßiges Niveau zu gelangen.

Auch in Bezug auf die Beschränkung der Kinderarbeit

dringen die humanen Rückſichten immer mehr ins Bewußtſein der Arbeitgeber ein. So begegnen auch die neueren geſetzgeberiſchen Beſtrebungen, die Beſchäftigung der Kinder in Fabriken bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, oder doch wenigſtens bis nach vollſtändig abgeleiſteter Schulpflicht, gänzlich zu unterſagen, nur noch einem täglich geringer werdenden und auf eine kleinere Anzahl von Arbeitsdiſtrikten beſchränkten Widerſtand Seitens der Arbeitgeber. Es wird Aufgabe der Geſetzgebung ſein, auch hier eine Vermittelung der Arbeits- und Humanitätsintereſſen anzubahnen, welche insbeſondere auch ins Auge zu faſſen hat, daß bei Beſchränkung der Kinderarbeit in Fabriken einer Ausbeutung derſelben im Gebiete der Hausarbeit nach Möglichkeit vorgebeugt werde.

Ohne in allen dieſen Fragen bereits maaßgebende Urtheile über die zu treffende geſetzgeberiſche Entſcheidung ausſprechen zu wollen, erfordert doch der ſoziale Friede aufs Dringendſte, daß jeder einzelne Arbeitgeber dieſelben einer ernſten und gewiſſenhaften Prüfung unterzieht und ſich ſelbſt darüber klar wird, wie weit er in dieſer Beziehung im eigenen und im Intereſſe der Menſchlichkeit gehen, und wie weit er alſo auch die hierauf gerichtete geſetzgeberiſche Thätigkeit unterſtützen kann und ſoll. Es wäre lächerlich, den Arbeitgebern predigen zu wollen, daß ſie auf dieſem Gebiete lediglich den Eingebungen eines guten Herzens zu folgen hätten, ihr eigenes Intereſſe zu berückſichtigen moraliſch nicht berechtigt wären. Der Arbeitgeber iſt im Gegentheil ſo berechtigt wie verpflichtet, auch die Exiſtenzbedingungen ſeiner Unternehmung im Auge zu behalten, mit humaniſtiſchen Maaßnahmen vorſichtig vorzugehen und der Feſſeln zu gedenken, welche ihm ſelbſt die durch die Konkurrenz diktirten Waarenpreiſe bezüglich der Produktionskoſten auferlegen. Allein gerade dieſe Abwägung beider Rückſichten wird meiſt dahin führen, dem Arbeitgeber weſentliche Konzeſſionen an die Arbeiter als zuläſſig erſcheinen zu laſſen, die er bisher gewohnheitsmäßig für unzuläſſig hielt. Geſchähe dies überall und gleichmäßig in allen Arbeitsdiſtrikten, ſo würden wir vorausſichtlich zu Reſultaten kommen, welche die geſetzliche Einführung einer Maximalarbeitszeit und anderer Arbeiterſchutzbeſtimmungen als unnöthig erſcheinen laſſen. Zweifelhaft iſt es aber

ob dieſer Prozeß der Freiwilligkeit ſich nicht länger hinziehen dürfte, als die humane Strömung unſerer Zeit geſtattet.

Eine unabweisliche Pflicht für jeden Arbeitgeber bleibt ferner die Sorge für Unfallverhütung, die er im weiteſten Umfang zu erfüllen hat.

Auf dieſem Gebiet läßt gegenwärtig die deutſche Geſetzgebung, wenn energiſch durchgeführt, kaum noch etwas zu wünſchen übrig. Der Arbeitgeber ſoll aber in dieſer Beziehung nicht bloß die geſetzlichen Vorſchriften der Unfallverhütung mechaniſch ausführen, welche ſich ja doch immer nur auf Allgemeinheiten erſtrecken können, ſondern in jedem einzelnen Fall, und womöglich unter Zuziehung der Meiſter und Arbeiter, die Maaßregeln zum Schutz des Lebens und der Geſundheit derſelben berathen und ins Werk ſetzen, welche ſeine gewerbliche Anlage ſpeziell erfordert und geſtattet. Hiermit verbunden iſt auch die Sorge für geſunde Betriebsräume, für gute Lüftung, Verhütung von Zugluft, angemeſſene Erwärmung der Räume u. ſ. w., in welcher Beziehung die Kompetenz der ſtaatlichen Organe nicht ſoweit reicht und auch niemals ſoweit reichen wird, um nicht im konkreten Fall durch die Humanität des Unternehmers ergänzt werden zu müſſen. An die Frage geſunder Fabrikräume ſchließen ſich auch die Einrichtungen an, welche unter beſonderen Verhältniſſen zu Gunſten der Arbeiter zu treffen ſind. Hierhin gehört insbeſondere die Herſtellung von Räumen, worin die Arbeiter, welche entfernter wohnen, ihr Mittagsmahl einnehmen, ihr Eſſen wärmen können; es gehören dahin auch für manche Induſtriezweige ausreichende und geſunde Einrichtungen zum Waſchen und Baden.

Ebenfalls hierher gehört die Sorge für geſunde und möglichſt billige Arbeiterwohnungen. Derſelben wird, insbeſondere bei großen gewerblichen Unternehmungen und namentlich in Rheinland und Weſtphalen, in ſteigendem Maaße Rechnung getragen, jedoch noch nicht annähernd in dem Umfange, welcher eine baldige, allgemeine Löſung dieſer wichtigen Frage im Wege der Freiwilligkeit erwarten ließe. Den meiſten Arbeitgebern iſt noch nicht einmal der Gedanke gekommen, daß ſie ſich um die Wohnungsverhältniſſe ihrer Arbeiter zu kümmern hätten. In den Mülhauſer Fabriken iſt dieſer Fürſorge durch die Erbauung eines förmlichen Arbeiterviertels

(cités ouvrière) Rechnung getragen, gegen deſſen Zweckmäßigkeit ſich übrigens in neuerer Zeit faſt ebenſo ſtarke Bedenken geltend machen, wie gegen die großen Arbeiterkaſernen. Die Abſicht der Arbeitgeber richtet ſich in Mülhauſen, im Bergiſchen u. ſ. w. darauf, die Arbeiter durch Abzahlungen in Stand zu ſetzen, ſich allmählich zu Eigenthümern geſunder und zweckmäßiger Wohnungen zu machen. In größerem Umfang wird ſich überhaupt dieſes Ziel nur da erreichen laſſen, wo die Arbeiter ſo zu ſagen ſeßhaft ſind und ſelten oder nie wechſeln, auch ſpezielle Neigung zum Hauserwerb haben, was nicht überall der Fall iſt. Die wichtigſte Frage bleibt ſtets die der Miethswohnungen, und es wäre wohl angezeigt, auf dieſem Gebiet mit allgemein geſetzgeberiſchen, zum mindeſten landes- und ortspolizeilichen Maaßregeln vorzugehen, um zunächſt das Vermiethen geſundheitsſchädlicher und ungenügender Räumlichkeiten zu verbieten. Bis dahin möge ſich der einzelne Arbeitgeber daran erinnern, wie wichtig dieſe Frage für Leben und Geſundheit ſeiner Arbeiter iſt und hiernach handeln. Ihre Löſung kann nicht nach beſtimmten Formeln erfolgen, ſondern muß ſich überall den konkreten Verhältniſſen anpaſſen, iſt häufig auch nicht durch den einzelnen Arbeitgeber, ſondern nur durch Vereinigungen zu erreichen. Der Arbeitgeber darf auf dieſem Gebiet nicht vor Opfern zurückſchrecken, und überall muß man ihn an der Spitze finden, wo es ſich überhaupt darum handelt, der hochwichtigen Wohnungsfrage näher zu treten, die von der Bildfläche der humaniſtiſchen Beſtrebungen, ſei es freiwilliger, ſei es geſetzgeberiſcher, nicht wieder verſchwinden darf, bis ſie genügend gelöſt iſt.

Eine vielfach noch vernachläſſigte und doch äußerſt wirkſame Einrichtung, um Arbeitgeber und Arbeiter näher aneinander zu feſſeln, iſt die Veranſtaltung von Vergnügungen, einfachen Feſtlichkeiten, Ausflügen u. ſ. w. Wenn die Veranlaſſung hierzu, neben patriotiſchen Gedenktagen, aus frohen Ereigniſſen in der Familie des Arbeitgebers entnommen wird, ſo iſt dies beſonders dienlich zur Herſtellung freundlicher Beziehungen; dahin gehört insbeſondere auch die ehrende Auszeichnung alter treuer Arbeiter.

Das wichtigſte Bindemittel aber iſt die Theilnahme des Arbeitgebers an dem Schickſal der verunglückten, der armen und kranken Arbeiter und ihrer Familien. Hier darf

unter keinen Umständen die bequeme Ansicht Platz greifen, als ob mit der Erfüllung der gesetzlichen Krankenkassen- und Unfallversicherungspflichten die menschliche Aufgabe des Arbeitgebers erschöpft sei, um so weniger als z. B. die Krankengelder zum halben Arbeitslohn ungenügend sind, wenn es sich um den Ernährer einer starken Familie und um langandauernde Krankheiten handelt. Er muß dem Armen und Unglücklichen persönliche Theilnahme an seinem Loose zeigen, tröstend, rathend und helfend eingreifen, sich insbesondere auch der Hinterlassenen verstorbener Arbeiter annehmen und für ihr Fortkommen sorgen. Hierdurch kann auch namentlich auf die Stimmung der Arbeiterfrauen eingewirkt werden, die in der sozialdemokratischen Bewegung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Es ist nun selbstverständlich, daß die Erfüllung dieser persönlichen Aufgaben je nach der Natur und dem Umfange der Unternehmungen, nur in sehr verschiedener Weise gelöst werden kann. Es wäre insbesondere unmöglich, daß in großen Fabriken, die Hunderte, ja Tausende von Arbeitern beschäftigen, die Arbeitgeber persönlich jeden einzelnen Kranken besuchen könnten. Auf dem Lande ist dies selbst bei ausgedehnter Güterbewirthschaftung, immer noch weit eher möglich, als in großen gewerblichen und oft weit auseinandergerissenen Unternehmungen; noch leichter ist es im Handwerk. Allein in solchen Lagen ist es auch durchaus nicht nothwendig, daß der Arbeitgeber alle diese Verpflichtungen in Person zu übernehmen hätte; seine Aufgabe ist nur, diese menschenfreundliche Thätigkeit im Allgemeinen zu überwachen und die Richtungslinien anzugeben, nach denen der Humanität in diesen Beziehungen Genüge zu leisten sei. In großen Fabriken werden hierzu die Beamten und namentlich auch die den Arbeitern unmittelbar vorgesetzten Meister sehr wirksam heranzuziehen und aus ihnen sehr wirkungsvolle Organe der Wohlthätigkeit und Fürsorge zu machen sein. Von der größten Wichtigkeit ist es dabei, das weibliche Element, welches für die Armen- und Krankenpflege in erster Linie veranlagt ist, hierzu heranzuziehen. Die Frauen der Arbeitgeber, ihrer Beamten und Unterbeamten müssen sich den Wohlthätigkeitsbestrebungen in dieser Richtung organisch einfügen und können sich so zum wirksamsten Faktor der Herstellung und Erhaltung eines guten und friedlichen Einver-

nehmens zwiſchen Arbeitern und Arbeitgebern machen. Es iſt unverkennbar, wie auf dem Lande die Theilnahme der Frauen an Unglück und Noth der Arbeiter und ihrer Familien, durchſchnittlich viel weiter eingebürgert iſt, als bei gewerblichen Unternehmungen.

Eine weſentliche Verpflichtung der Arbeitgeber liegt auch darin, ſich der Fortbildung der Arbeiter, insbeſondere der jugendlichen Arbeiter, zu widmen. Nur in größeren geſchloſſenen Etabliſſements würde dies durch Errichtung eigener Schulen, Sonntagsſchulen, Fortbildungsſchulen, Fachſchulen, Krippen, Kleinkinderſchulen, Spielplätzen für die Kinder u. ſ. w. zu erreichen ſein. In der Regel liegen dieſe Aufgaben in den Händen der Gemeinde und fallen mit denjenigen zuſammen, welche überhaupt für die Erziehung, die moraliſche und intellektuelle Hebung der unteren Volksklaſſen ins Werk zu ſetzen ſind. In dieſer Beziehung kann aber der Arbeitgeber beſonders ſegensreich wirken, wenn er alle dahin gehenden Aufgaben und Beſtrebungen der Gemeinde aufs Wärmſte unterſtützt und dabei eigene Opfer nicht ſcheut. Die Ausbreitung des Syſtems der württembergiſchen Fachſchulen, der preußiſchen Webereiſchulen u. ſ. w. ſollte hierbei beſonders ins Auge gefaßt werden. Nichts wirkt günſtiger auf die Stimmung der Arbeiter zurück, als wenn ſie ihre Arbeitgeber an der Spitze aller Bemühungen ſtehen ſehen, ſolche Einrichtungen zu treffen und zu fördern, welche das leibliche und geiſtige Wohl der arbeitenden und überhaupt der ärmeren Klaſſen zu beſſern geeignet ſind.

Ein großes Verdienſt können ſich die einzelnen Arbeitgeber auch erwerben, indem ſie beſonders befähigten Kindern von Arbeitern zur Erlangung einer höheren Ausbildung behülflich ſind. Sie können hierin von den Sozialdemokraten lernen, welche in dieſer Beziehung beſonders Bedacht nehmen, ihren Reihen in Zukunft tüchtige Kräfte zuzuführen, denen alle Aemter und Berufsarten offen ſtehen.

Zur Arbeiterfürſorge gehört auch insbeſondere die Beſchaffung von Spargelegenheit und die Anleitung zum Sparen überhaupt. Wo keine leicht zugänglichen öffentlichen Sparkaſſen exiſtiren, da ſollte jeder Arbeitgeber bedacht ſein, ſei es allein, ſei es in Verbindung mit Anderen, derartige Einrichtungen zu treffen. So groß auch ſchon die Anzahl der Sparkaſſen iſt, welche bei größeren Unternehmungen durch die Beſitzer eingerichtet wurden, und von denen viele den Arbeitern

einen weit höheren Zins vergüten, als dieselben bei öffentlichen Sparkassen von ihren Einlagen erwarten könnten, so sind im Großen und Ganzen diese wohlthätigen Einrichtungen doch in der allgemeinen Verbreitung noch außerordentlich zurückgeblieben.

Nichts wirkt vortheilhafter und moralisch kräftigender auf den Arbeiter, als wenn er erst zu sparen begonnen hat und sich eines kleinen Besitzes erfreut. Die von der Hand in den Mund und leichtsinnig in den Tag hinein lebenden Arbeiter sind weit leichter zu unnützen und ungerechtfertigten Ausgaben — worunter wir in erster Linie das Durchfüttern der sozialdemokratischen Agitatoren und das Halten verbotener Zeitschriften rechnen — zu veranlassen, als ein Arbeiter, der sich bereits einen Sparpfennig für die Zeiten der Noth zurückgelegt hat. Auf das Postsparkassengesetz kommen wir noch kurz zurück.

Eben so wenig wie die Sparkassen sind auch die Einrichtungen zu allgemeiner Einführung gelangt, welche bezwecken, den Arbeitern ihre nothwendigsten Lebensbedürfnisse aufs Billigste und in einer mit ihren Einnahmeverhältnissen übereinstimmenden Weise der Abzahlung zuzuführen, also der Gegensatz des früheren schändlichen Truckſystems. Die Errichtung eigener, oder der Anschluß an größere Konsumvereine, oder auch, wenn dies nicht zu erreichen ist, die Beschaffung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse von Fall zu Fall, sollte sich als stehende Verpflichtung jedes Arbeitgebers einbürgern. Der Unterschied des Einkaufs im Großen und der Detailpreise, ist in der Regel so groß, daß für den Arbeiter hierdurch eine höchst wesentliche Ersparniß herbeigeführt werden kann, ohne daß der Unternehmer irgend wesentliche Opfer, als höchstens vorübergehende Vorschußleistungen, zu bringen hätte. Unstreitig ist auch ein Fortschreiten in dieser Richtung bemerkbar; allein es ist doch noch ein sehr weiter Weg bis zur allgemeinen Durchführung zurückzulegen.

Aber auch einem Antikonsumverein möchten wir energisch das Wort reden, nämlich der Bekämpfung der Trunksucht, sei es durch Unterstützung der gegen diese soziale Pest zu bildenden Vereine und Einwirkung auf die Arbeiter, denselben beizutreten, sei es durch Herbeiführung einer Einschränkung und schärferen Kontrole der Schankstätten. Dem Arbeitgeber stehen viele Mittel und Wege offen, in dieser Richtung direkt oder indirekt einzugreifen.

Wir machen im Allgemeinen die Bemerkung, daß in der Regel eine Gemeinsamkeit humanitärer Einrichtungen sich in mitunter ganz gleichartiger Weise über ganze Fabrikdistrikte erstreckt, während leider auf der anderen Seite viele Distrikte vorhanden sind, an deren Grenze jene Bemühungen bisher noch vollständig Halt gemacht haben. Sehr Vieles kann auf diesen Gebieten auch ohne irgend wesentliche materielle Opfer, durch zweckmäßige Vereinigung aller Kräfte, ins Leben gerufen werden; andere Aufgaben dagegen lassen sich allerdings nur im Wege der Opferwilligkeit der Arbeitgeber lösen. Und nichts kann vortheilhafter wirken und gerechtfertigter sein, als die humanistische Agitation auch in solche Bezirke zu tragen, die sich bisher in Gleichgültigkeit oder Egoismus ablehnend dagegen verhielten.

Auf eines möchten wir aber noch besonders hinweisen, nämlich alle derartigen Einrichtungen, und in erster Linie die Konsumvereine zur Beschaffung billiger Lebensbedürfnisse, nur unter Zuziehung der Unterbeamten und Arbeiter zu treffen. Für die Bevormundung erntet der Arbeitgeber niemals Dank, auch wenn seine Absichten und deren Durchführung die vortrefflichsten sind. Was man für die Arbeiter thun will, thue man auch möglichst durch dieselben; nur dann erntet man Anerkennung und verhütet Mißtrauen.

Maaß und Grad, in welchen auf allen diesen Gebieten einzuwirken ist, sind allerdings nicht bloß von der Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber abhängig, sondern werden auch durch die Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten der Arbeiter speziell diktirt werden müssen. Es giebt keine absolute Formel, wie man den Arbeiter befriedigen kann; alles auf diesem Gebiete ist relativ und nicht die kleinste Rolle spielen die hergebrachten Anschauungen, Ansprüche und Lebensbedingungen. Was der wohlwollendste Arbeitgeber sich am grünen Tisch ausgedacht, vielleicht mit großen Opfern ins Werk gesetzt hat, bleibt oft erfolglos, wenn es den Gewohnheiten und Idiosynkrasien der Arbeiter nicht entspricht. Die Arbeiter der verschiedenen Distrikte stehen naturgemäß auf sehr verschiedenen Entwickelungsstufen und huldigen bezüglich ihrer Lebensgewohnheiten sehr verschiedenen Ansichten und Vorurtheilen. Das subjektive Moment, die thatsächlich bestehenden, wenn auch auf idiosynkratischen Ansichten wurzelnden

Verschiedenheiten in der Arbeiterwelt, müssen daher in jedem Bezirk und sogar in jedem einzelnen Falle zu Rathe gezogen werden, um das Richtige zu treffen.

Wenn es in einem Falle vollständig nutzlos sein würde, Bedürfnisse befriedigen zu wollen, die nicht, oder doch nicht in dringlicher Weise vorhanden sind, so kann es im anderen Falle geboten erscheinen, die eigene Ansicht des Arbeitgebers von der Zweckmäßigkeit und Zulänglichkeit der beabsichtigten Einrichtungen durch solche Erwägungen zu modifiziren. Alles dies weist wieder darauf hin, die Arbeiter, selbst bei dem was man für sie thun will, zu Rathe zu ziehen. Das sogenannte „Aeltesten-Kollegium" auf den Fürstlich Wächterbach'schen Werken in Schlierbach könnte in dieser Beziehung als Muster dienen. Gemeinsame Besprechungen sind das geeignetste Mittel, um die besten Wege und Ziele aufzufinden, wie die Zufriedenheit der Arbeiter erreicht werden kann und wie übertriebene oder nach unrichtiger Seite gehende Forderungen derselben durch Belehrung eingeschränkt und berichtigt werden können, z. B. gleichzeitige Forderung erhöhten Lohnes und übermäßiger Herabsetzung der Arbeitszeit. Kein Arbeiter, und sei es der verbissenste Sozialdemokrat, bleibt unempfänglich für den Einfluß wohlwollender Berührung Seitens des Arbeitgebers, und er fühlt sich befriedigt, ja selbst geehrt, wenn der Arbeitgeber seine Meinung zu erfahren wünscht oder selbst seinen guten Rath beansprucht. Der Arbeitgeber hat überhaupt nicht zu fürchten, daß ihm auf diesem Wege größere Opfer abgepreßt werden möchten; er wird im Gegentheil häufig finden, daß die Wünsche der Arbeiter leichter und mit geringeren Opfern zu befriedigen sind, wenn die betreffenden Fragen eingehend mit ihnen besprochen wurden. Daß hierbei in großen Unternehmungen der Arbeitgeber nicht direkt mit der ganzen Arbeiterschaft, sondern nur mit Vertrauensmännern derselben verhandeln kann, ergiebt sich von selbst.

Von besonderer Wichtigkeit erscheint es auch, die in vielen Werken eingeführten Fabrikordnungen und ihre Strafsetzungen dem Gutachten der Arbeiter zu unterbreiten, indem diese sehr häufig unnöthigerweise Anlaß zu großen Mißhelligkeiten bieten.

Die Verwaltung der Krankenkassen bietet schon seit Jahr-

zehnten den ſchlagendſten Beweis, wie nichts leichter für den Arbeitgeber iſt, als ſich mit den Arbeitern zu verſtändigen, indem er mit ihnen in eine gemeinſame Berathung tritt. Von Streitigkeiten im Schooße dieſer Verwaltungen, ſyſtematiſcher Oppoſition der Arbeiter und dergl. weiß man gar nichts. Die Arbeitervertreter ſind im Gegentheil in zweifelhaften Fällen, insbeſondere bei Simulationen, oft ſtrenger gegen ihre Berufsgenoſſen als die Arbeitgeber ſelbſt. Und dieſe unzweifelhafte und überall beſtätigte Beobachtung ſollte auch das Urtheil der Arbeitgeber in Bezug auf die Erweiterung ſolcher gemeinſchaftlichen Thätigkeit leiten. Es würde dadurch manchem Vorurtheil begegnet, welches ſich jetzt ſofort geltend macht, wenn auf dem Gebiet der Freiwilligkeit, oder noch mehr auf dem Gebiet der Geſetzgebung, die Zuziehung des Arbeiters zur Regelung von Fragen in Vorſchlag gebracht wird, in welchen bisher der Arbeitgeber ſelbſtſtändig und unbeeinflußt entſchied.

Um nur ein Beiſpiel anzuführen, ſo überläuft gegenwärtig noch die meiſten Arbeitgeber eine wahre Gänſehaut, wenn ſie von der Errichtung von Arbeitskammern ſprechen hören. Und dennoch ſcheint es uns nicht bloß für den ſozialen Frieden nützlich, ſondern auch ziemlich unbedenklich, gewiſſe, allerdings ſcharf begrenzte Aufgaben zur Regelung, Begutachtung und Entſcheidung von Arbeitsintereſſen beſtimmter Bezirke, einem aus Arbeitgebern und Arbeitern in gleicher Zahl zuſammengeſetzten Kollegium unter Vorſitz etwa der Fabrikinſpektoren zu übertragen. Jeder Arbeiter, der in ſolcher Weiſe in die Stellung formaler Gleichberechtigung mit ſeinem Arbeitgeber getreten iſt, wird fortan ſozialdemokratiſcher Anſteckung und ungerechter Verbitterung immer weniger zugänglich, ja er wird die Belehrung, die er bei den gemeinſamen Erörterungen auch über die ſeinen Wünſchen entgegenſtehenden Schwierigkeiten gewonnen, in weiteren Arbeiterkreiſen verbreiten.

Wir bemerkten ſchon und wiederholen es hier, daß es eine vollſtändig falſche Anſicht iſt, mit materiellen Leiſtungen allein den Frieden auf ſozialem Gebiet herſtellen zu wollen. Wir begegnen insbeſondere oft koſtſpieligen und prunkenden Einrichtungen für die Arbeiter, mit rückſichtsloſer Behandlung gepaart. Hierfür liefern manche Gegenden des Elſaß den Beweis, ſo daß die Einführung der humanen

deutſchen Gewerbeordnung dort dringend wünſchenswerth erſcheint. Das ſubjektive Gebiet bietet überall Handhaben, die oft ſogar noch wirkſamer ſind als materielle Leiſtungen und vielfach ergriffen werden können, ſelbſt ohne den Arbeitgebern irgend bedenkliche Opfer aufzuerlegen. Nicht bloß die materiellen Intereſſen wollen gefördert, auch die Gefühle und ſelbſt die Vorurtheile der Arbeiter wollen geſchont ſein, wie denn überhaupt im ganzen Privat- und öffentlichen Leben die Vorurtheile gleiche Berückſichtigung wie die Forderungen der abſtrakten Vernunft beanſpruchen, um einen Zuſtand der Zufriedenheit zu ſchaffen. Die Zufriedenheit ſteht mit einem Fuße auf objektivem, mit dem anderen auf ſubjektivem Boden. Die Befriedigung des Standesbewußtſeins der Arbeiter, die Gewährung ſolcher Einrichtungen, welche daſſelbe zu heben im Stande ſind, alles dies liegt entſchieden auf dem Wege zur Herſtellung des ſozialen Friedens. Und wenn man auch bei den traurigen Erſcheinungen, welche die Gegenwart zeitigt, ſicherlich nicht ohne Berechtigung mit Vorſicht, ja Mißtrauen, auf alle Organiſationen und Vereinigungen blickt, welche ſich in den Kreiſen einer aufgeregten Arbeiterſchaft bilden, ſo liefert doch die Erfahrung nicht den mindeſten Anhalt, daß die Einrichtungen gemeinſamen Zuſammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeiter jemals zu Brutſtätten der Sozialdemokratie oder zur maaßloſen Steigerung unerfüllbarer Anſprüche Seitens der Arbeiter geführt hätten oder führen könnten. Selbſtverſtändlich iſt dabei vorausgeſetzt, daß die Aufgaben, die der gemeinſamen Berathung und Entſchließung überwieſen werden, der Verſtändigung und Löſung im beiderſeitigen Intereſſe zugänglich ſind und daß ſie der Arbeiter zu überſehen im Stande iſt. Die ſozialdemokratiſchen Forderungen, welche die Arbeitskammern zu wirklichen Parlamenten ausbilden wollen, würden allerdings dem ſozialen Frieden nur entgegenarbeiten, ihren eigentlichen Zweck überdies niemals erfüllen können.

Natürlicherweiſe bleiben ebenſo viele Fragen übrig, in welchen ſich weder die Arbeitgeber noch die Arbeiter das Recht ſelbſtſtändiger Berathung und Beſchlußfaſſung nehmen laſſen werden. Man wird alſo niemals alle Koalitionen der Arbeiter wie der Arbeitgeber in gemeinſame Aktionen auflöſen können. Wohl aber kann man, außer den Inſtitutionen gemeinſamer Thätigkeit, auch Organe ſchaffen, welche

das Entstehen von Konflikten möglichst verhindern, entstandene Konflikte abschwächen oder für die noch stehen gebliebenen Differenzen Handhaben zur friedlichen Ausgleichung bieten.

Diese Ergänzungen führen auf die Schiedsgerichte hin und es wird ja zur Zeit allgemein, selbst von Sozialdemokraten, anerkannt, wie die eingeführten gewerblichen Schiedsgerichte sich bewähren und weiterer Verbreitung und obligatorischer Einführung im ganzen Reich bedürftig sind. Hierfür hat sich auch die Reichstags-Kommission in der vorletzten Session ausgesprochen. Niemals werden allerdings solche staatlicherseits eingesetzten Schiedsgerichte an die Stelle der Verständigungen treten können, welche in den einzelnen Fällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern erforderlich bleiben, und worin sich weder der eine noch der andere Theil dem Urtheil staatlicher Schiedsgerichte unterwerfen könnte und würde. Sich im einzelnen Falle auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse über Lohnhöhen, Arbeitszeit u. s. w. zu verständigen und ein friedliches Verhältniß anzubahnen, bleibt eine Aufgabe, deren Erfüllung sich nicht reglementiren läßt, zu deren Lösung aber der wohlwollende und intelligente Arbeitgeber, selbst aufgeregten Arbeitern gegenüber, den Schlüssel in der Hand hat.

Erfolge in allen diesen Richtungen sind allerdings nur von der Geduld und Konsequenz zu erwarten. Wenn ein Arbeitgeber von seinen humanen Einrichtungen und seinem wohlwollenden Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber namentlich in aufgeregten Zeiten einen sofortigen Einfluß, eine sichtbare Wirkung, eine allseitige Anerkennung, ein rasches Schwinden des bestehenden Mißtrauens erwartet, wenn er nicht gesonnen ist, diese Wege unbeirrt und ohne Rücksicht auf unmittelbar hervortretende Wirkung durchzuführen, so würde er besser thun, gar nicht erst in solche Versuche einzutreten. Hier gilt es, jahrelang eingewurzelte Schäden, jahrelang eingewurzelte Verstimmungen langsam und allmählich zu heilen und sich nicht durch pessimistische Betrachtungen über anfängliche Erfolglosigkeit irgendwie beeinflussen zu lassen.

Alle diese Aufgaben liegen auch in fast noch dringenderer Weise denjenigen Gesellschaften ob, bei denen, wie namentlich bei den großen Aktiengesellschaften, Gewerkschaften u. s. w., die eigentlichen

Arbeitgeber, die Kapitaliſten, nur durch Mandatare (Direktoren) mit den Arbeitern in Berührung treten. Je loſer hier das ſubjektive Band zwiſchen Arbeiter und Arbeitgeber iſt, deſto mehr liegt es den Organen jener Geſellſchaften ob, daſſelbe zu befeſtigen und auch das kalte Gefüge ſtatutariſcher Beſtimmungen mit humanen Beſtrebungen zu erfüllen. Unverkennbar iſt übrigens wie eine große Anzahl von Aktiengeſellſchaften auf dieſem Gebiete in gleicher Weiſe fortſchreitet, wie die humanſten Arbeitgeber.

Wie ſchon Eingangs geſagt, enthalten vorſtehende Erörterungen durchaus keine neuen Vorſchläge, ſondern ſollen nur dringend darauf hinweiſen, daß jeder Arbeitgeber an ſeiner Stelle ſeine Pflicht erfülle. Manche davon gewähren bereits Alles, was hier behufs ſubjektiver und objektiver Erfüllung berechtigter Arbeiterforderungen angeführt worden iſt; andere, und vielleicht die Mehrzahl, haben noch gar keine, oder doch nur ungenügende Schritte in dieſer Richtung gethan und verharren dem Anſturm der Sozialdemokratie gegenüber in völliger Indolenz. Sie aufzurütteln iſt der Zweck dieſer Zeilen.

Die Erörterungen nahmen in erſter Linie Bezug auf die Verhältniſſe in der Großinduſtrie, wo das größte Arbeitsfeld für humane Beſtrebungen vorliegt. Für Landwirthſchaft und Handwerk liegen die Aufgaben einfacher und erfordern geringere materielle Opfer; deſto intenſiver ſollten ſich hier die ſubjektiven Leiſtungen geltend machen.

Das Gebiet verlaſſend, auf welchem es im Weſentlichen der Humanität und Einſicht des einzelnen Arbeitgebers anheimgeſtellt iſt, auf die Bekämpfung der ſozialdemokratiſchen Beſtrebungen im Wege wohlwollenden und taktvollen Benehmens, ſowie menſchenfreundlicher Opferwilligkeit einzuwirken, kommen wir nunmehr zu den Gebieten, wo mit vereinten Kräften zu wirken iſt, wo alſo das eigentliche Arbeitsgebiet der großen Vereinigungen der Gewerbtreibenden, Handwerker, Landwirthe u. ſ. w. in erſter Linie einzuſetzen und die Richtungslinien zu bezeichnen hat. Hier handelt es ſich vorzugsweiſe und vor Allem um die Bekämpfung der ſozialdemo-

kratiſchen Preſſe, insbeſondere Tagespreſſe, was bisher in geradezu unverantwortlicher Weiſe vernachläſſigt worden iſt. Bis jetzt kann kaum die Rede davon ſein, daß der außerordentlich geſchickten und ausgedehnten Wirkſamkeit, welche die Sozialdemokraten gerade auf dieſem Gebiet entfalten, in irgend einer Weiſe entgegengearbeitet worden ſei. Um zu wiſſen, wie ſtark der Feind iſt, den man hier zu bekämpfen hat, iſt zunächſt darauf hinzuweiſen, wie das offizielle Organ jener Partei, der in Zürich erſcheinende „Sozialdemokrat", gegenwärtig in einer Auflage von ca. 10000 Exemplaren verbreitet wird. Von denſelben werden allein in Berlin gegen 600 Exemplare heimlich vertrieben. Im Ganzen erſcheinen gegenwärtig in Deutſchland gegen 50 Zeitungen ſozialdemokratiſcher Tendenz, denen im Jahre 1886 allein 9 neue hinzugetreten ſind, während allerdings die gleiche Zahl verboten wurde. Dieſe Zeitſchriften treten in der verſchiedenſten Gewandung auf, als politiſche Zeitungen, Blätter zu gemeinnütziger Belehrung, Unterhaltungsblätter, Anzeiger lokalen Inhalts u. ſ. w. Außerdem exiſtiren noch 23 Organe gewerkſchaftlicher Verbände der verſchiedenſten Art, welche, wenn ſie auch nicht ſämmtlich, theilweiſe (wie namentlich die Hirſch-Duncker'ſchen Gewerkvereine) gar nicht auf ſozialdemokratiſchem Boden ſtehen, doch vielfach in Beziehung auf die Schürung der Unzufriedenheit und Aufſtellung unerfüllbarer Forderungen jenen rein ſozialdemokratiſchen Blättern nicht viel nachgeben. Da gewöhnlich eine größere Zahl von Arbeitern zuſammen ein Exemplar jener Zeitſchriften hält, ſo iſt die Verbreitung dieſer Blätter eine weit größere, als man, der Anzahl ihrer Exemplare nach, im Vergleich mit der Verbreitung größerer politiſcher Zeitungen annehmen ſollte. Eingeweihte ſchätzen die durchſchnittliche Verbreitung jedes einzelnen ſozialdemokratiſchen Blattes auf einen Leſerkreis von 2- bis 3000 Perſonen. Hiernach hätten allein die in Deutſchland erſcheinenden ſozialdemokratiſchen Zeitungen einen Leſerkreis von 100- bis 150000 Perſonen, denen etwa noch die Hälfte dieſer Zahl hinzutritt an ſolchen, welche ſich mit der Lektüre der Organe gewerkſchaftlicher Verbände befaſſen. Außerdem werden, neben dem Züricher „Sozialdemokrat" viele verbotene Blätter eingeſchmuggelt. Das Verbotene hat eben für die meiſten Menſchen einen beſonderen Reiz, und die Lektüre dieſer heimlich kolportirten

Schriften hinterläßt demnach weit mehr Eindruck als die Lektüre erlaubter Zeitschriften oder Bücher.

Man sieht hieraus, wie die gesammte sozialdemokratische Presse in Deutschland eine Macht darstellt, von der die meisten Arbeitgeber gar keine Ahnung haben und auf welche sich in erster Linie, namentlich seitdem das Versammlungs- und Vereinigungsrecht der Sozialdemokraten durch das sogenannte Sozialistengesetz beschränkt worden ist, die Propaganda behufs Erweiterung des Kreises ihrer Anhänger stützt.

Wenn die Arbeitgeber aber schon aus dieser außerordentlichen Verbreitung der sozialdemokratischen Presse die Ueberzeugung schöpfen müssen, daß gerade hier die Hebel zur Belehrung und Besserung der Verführten, sowie zur Verhütung eines weiteren Umsichgreifens solcher Lehren in erster Linie anzusetzen sind, so verdient noch der Umstand Beachtung, wie es viel leichter ist zu vergiften, als durch Gegengifte zu heilen. Der Same der Zwietracht geht weit leichter auf, als der Same der Versöhnung, und überdies haben die Sozialdemokraten durch die lange ungestörte Wirksamkeit auf diesem Gebiet einen Vorsprung erreicht, welcher sehr schwer wieder einzuholen ist. Das wesentlichste Aufreizungsmittel der sozialdemokratischen Presse besteht bekanntlich in der Schilderung, und zwar in der unglaublich übertriebenen Schilderung des in der Welt vorhandenen Elends und Unglücks, sowie der bestehenden ungleichen Vertheilung der irdischen Güter. Indem sie nun diese, seit Erschaffung der Welt bestehende Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht als das was sie ist, nämlich unabweislich mit den verschiedenen Anlagen, Schicksalen und Existenzbedingungen der Menschen zusammenhängende irdische Unvollkommenheit, sondern die Beseitigung alles Elends und aller Noth als eine mögliche und durchführbare Sache hinstellt, wofür sie selbst das Rezept zu besitzen behauptet, während dessen Anwendung nur durch die Selbstsucht und Unmenschlichkeit der Arbeitgeber verhindert werde, erbittert sie die Arbeiter gegen dieselben und zerstört von Grund aus die bisherige Zufriedenheit der Arbeiter, indem sie die Bilder des Reichthums und Ueberflusses ihrem Loose gegenüber stellt. Aller Reichthum ist, den Lehren der Sozialdemokratie zufolge, nur aus der Ausbeutung des Arbeiters hervorgegangen, nur

seinem Schweiße abgepreßt. Diesen Trugschlüssen entgegenzutreten, wird allerdings der Logik sehr leicht; allein um so schwerer ist es, die geweckten Vorurtheile und Leidenschaften wieder auszurotten, wenn sie einmal im Gemüth der Arbeiter Wurzel geschlagen haben.

Zur Bekämpfung dieser verführerischen Weltanschauung ist nichts wirksamer, als dem Arbeiter die Vergleichung zwischen sonst und jetzt historisch vorzuführen. Die Geschichte hat auch hier ihre Macht als die große Lehrerin der Menschheit zu bekunden und gewährt überdies im vorliegenden Fall den unschätzbaren Vortheil, daß kein Lehrstoff leichter in anregende und unterhaltende Form zu fassen ist, als der geschichtliche. Denn man muß vor Allem im Auge behalten, den Arbeiter nicht durch abstrakte Erörterungen zu langweilen, sondern durch lebensvolle Darstellungen zu unterhalten. Die beißendste Kritik der Sozialdemokratie ist ihre Geschichte. Wenn der Arbeiter einmal alle die weltbeglückenden Pläne jener Erfinder neuer Gesellschaftsordnungen und deren Mißerfolge kennen gelernt hat, so legt er von selbst den kritischen Maaßstab an die Lehren der meist herzlich unbedeutenden Apostel unserer Tage.

Man muß also dem Arbeiter an Beispielen zeigen, wie überall zu allen Zeiten und bei allen Völkern Elend und Noth vorhanden waren, wie es aber im Laufe der natürlichen Entwickelung auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung immer besser damit geworden, und wie namentlich in neuester Zeit das Tempo der Besserung in fortwährend rascherem Fortschreiten begriffen ist und naturgemäß der Richtung zuschreitet, welche der Sozialdemokrat mit einem Schlage im Wege der Revolution erreichen zu können glaubt. Das Steigen der Arbeitslöhne bei stetig herabgehendem Zinsfuß beweist unwiderleglich, wie der Antheil der Arbeiter am Gewinn der gemeinsamen Arbeit im Steigen, der des Kapitalisten im Fallen begriffen ist.

Es ist ferner nicht schwer, vernünftigen Menschen unwiderleglich nachzuweisen, wie schon in der Verschiedenheit der individuellen Veranlagungen, der Charaktere, der Ausbildung, des Fleißes, der Geschicklichkeit, der äußeren Schicksale, der körperlichen Zustände und Fähigkeiten u. s. w. Momente gegeben sind, welche niemals eine mechanische Gleichheit der Lebensstellungen zulassen, niemals

Elend, Noth und Armuth aus der Welt verschwinden lassen werden, ganz abgesehen von dem Elend, welches sowohl die Folge als die gerechte Strafe der Lüderlichkeit ist. Es ist die verderblichste Irrlehre, dem Armen und Bedürftigen einen Zustand vorzuspiegeln, in welchem diese Geißeln der Menschheit vollständig beseitigt werden könnten, und geradezu verbrecherisch eine gewisse Menschenklasse — hier die Arbeitgeber — als diejenigen zu bezeichnen, welche dem Arbeiter den Weg in dieses Eldorado versperren.

Die Sozialdemokratie stellt die jetzt bestehende Scheidung in Arbeitgeber und Arbeiter, wie sie sich von selbst und ohne allen Zwang naturgemäß durch alle Zeiten und durch alle Völker des Erdballs hindurch entwickelt hat, als ein System der planmäßigen und willkürlichen Ausbeutung der Letzteren durch die Ersteren dar. Sie will an Stelle dessen die Arbeit auf gemeinsame Rechnung, unter Beseitigung also des Unterschiedes zwischen Arbeiter und Arbeitgeber treten lassen, nachdem sie sich zuvor auf einem Wege, der nur als ein revolutionärer denkbar ist, in den Besitz der zur Produktion erforderlichen Werkzeuge und Kapitalien gesetzt hat, sei es durch Expropriirung der Besitzenden, sei es — wie Lassalle will — durch Hergabe des Kapitals Seitens des Staates. Es ist in der That nicht schwer, vernünftigen Menschen, bis auf die unterste Stufe der Arbeiterschaft hinab, klar zu machen, wie naturgemäß die wirthschaftliche und soziale Scheidung in Arbeitgeber und Arbeiter ist, wobei der Letztere als Antheil am Gesammtgewinn einen festen Arbeitslohn erhält, während der Erstere, im Besitz des Kapitals und der zur Geschäftsleitung erforderlichen Intelligenz, die Chancen des Gewinnes oder Verlustes trägt. Die geschilderten individuellen Unterschiede aber in Anlagen, Befähigung, Fleiß, Geschicklichkeit, Körperkraft u. s. w. würden mit Naturnothwendigkeit sowohl jene Scheidung der Funktionen und wirthschaftlichen Stellung des Arbeiters und Arbeitgebers, als die bestehenden Unterschiede in der Lage des Einzelnen, also auch Noth und Elend, von selbst wieder herbeiführen, wenn es auch gelungen sein sollte, im Wege der Revolution einmal einen Zustand mechanischer Gleichförmigkeit für einige Zeit herbeigeführt zu haben. Es ist ebenso leicht statistisch nachweisbar, wie klein die Zahl der wirklich Reichen ist, und wie unwesentlich das Einkommen des Armen gehoben würde,

wenn es wirklich einmal in der Welt zur gleichen Theilung käme. Ebenso leicht ist ferner der Beweis zu führen, daß wir bei einer arithmetischen Gleichheit der Vermögen und Einkommen auf alle jene großartigen Schöpfungen der materiellen und geistigen Welt verzichten müßten, welche den Reichthum, oder doch die Wohlhabenheit Einzelner zur nothwendigen Voraussetzung haben. Je tiefer man in die bestehende, auf Familie und Eigenthum aufgebaute christliche Weltordnung eindringt, desto mehr überzeugt man sich von der Gesetzmäßigkeit ihres Entstehens und Bestehens; nur die Böswilligkeit oder Oberflächlichkeit kann die Symptome der ihr anhängenden irdischen Unvollkommenheiten zu Grundfehlern ihrer Organisation stempeln wollen.

Im Großen und Ganzen kümmert sich allerdings die weitaus überwiegende Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie nicht so sehr um jene letzten Ziele und Konsequenzen der von ihren Führern gepredigten Lehre. Den meisten derselben ist es einfach darum zu thun, möglichst rasch geringere Arbeitszeit und höhere Löhne zu erreichen, unbekümmert um das, was die Zukunft bringen mag. Allein die Bekämpfung jener verderblichen Zukunftsbilder ist nichts desto weniger unumgänglich nothwendig, weil sie — und zwar vorwiegend in Deutschland — für den Zusammenhang der ganzen Partei den logischen Kitt bilden, vornehmlich aber, weil gerade hierdurch jene Erbitterung im Arbeiterstand geschürt wird, welche aus der Welt zu schaffen das erste Ziel der Gegenbestrebungen sein muß. Von der bewußten oder unbewußten Theilnahme an einem gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, muß der Arbeiter in die Sphäre einer vernünftigen Wahrung seiner geistigen und materiellen Interessen auf dem Boden des Erreichbaren zurückgeleitet werden; auf letzterem muß er dann aber auch unsere volle Unterstützung finden.

Die hier in Kürze niedergelegten Betrachtungen sollten in der That jeden denkenden Arbeitgeber und überhaupt jedes gewissenhafte Mitglied der Gesellschaft unbedingt zur Anerkennung der Nothwendigkeit führen, daß einer so bedeutenden und einflußreichen Macht, wie die sozialdemokratische Presse, ein Gleichgewicht an Macht und Einfluß durch eine auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschafts-

ordnung ſtehende, im Uebrigen aber durchaus arbeiterfreundliche und die Intereſſen ihres Standes wahrende Preſſe entgegengeſtellt werden muß. Und dennoch hat ſich dieſe Erkenntniß, wie ſchon mehrfach bemerkt, in keiner Weiſe noch Bahn gebrochen, ja es iſt — von vereinzelten Ausnahmen abgeſehen, die durchaus zu keiner durchgreifenden, äußerlich erkennbaren Wirkſamkeit gelangt ſind — kaum der leiſeſte Anfang gemacht worden, den Feind mit denſelben Waffen zu bekämpfen, denen er ſeine Haupterfolge bisher verdankt. Hier müſſen unſerer Anſicht nach die beſtehenden und noch zu bildenden Vereinigungen der Arbeitgeber in erſter Linie ihre Wirkſamkeit beginnen, um die Wirkſamkeit der ſozialdemokratiſchen Preſſe zu paralyſiren, auf eine friedlichere Strömung in der Arbeiterwelt hinzuwirken und den geſund gebliebenen Arbeitern Muth zu machen, ſich offen auf den Boden der gegenwärtigen Geſellſchaftsordnung zu ſtellen und von hier aus wirkſam in den Kampf gegen die ſozialdemokratiſchen Genoſſen einzugreifen.

Eine dahin gerichtete Thätigkeit bedarf allerdings der Mittel, und zwar anſehnlicher Mittel. Es iſt aber kaum ein Gebiet denkbar, auf welchem die Vereine der Arbeitgeber dieſelben erſprießlicher und fruchtbringender verwenden könnten. Wir ſind um ſo mehr der Meinung, daß die großen gewerblichen, landwirthſchaftlichen und auch Handwerker-Vereine dieſe Frage in die Hand zu nehmen hätten, als dieſelben einmal über anſehnliche Geldmittel verfügen und zum andern auf dieſem Gebiet in gemeinſamer Organiſation vorgegangen werden muß, wenn eine Wirkung auf die allgemeine Stimmung der Arbeiter hervortreten ſoll. Es muß alſo nach gemeinſamem Plane allerorts und von allen Seiten zugleich gewirkt werden. Gänzlich verkehrt wäre es hierbei, wenn man ſchabloniſiren wollte, wenn man überhaupt glaubte, durch theoretiſche Abhandlungen, durch Zeitſchriften, die lediglich dem ſozialen Kampf gewidmet ſind, einen weſentlichen Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen. Ein Centralorgan wie der „Sozialdemokrat“ mag auf jener Seite als Spitze der Organiſation nützlich, ja nothwendig ſein, indem es die Richtungslinien für die gemeinſamen Beſtrebungen angiebt und ſtets für das nöthige Aufreizungsfutter ſorgt. Auf Seiten der Vertheidiger der gegenwärtigen Geſellſchaftsordnung würde es dagegen kaum einen

Zweck haben, jenem Evangelium einer neuen Weltordnung ein gleichartiges Organ entgegenzuſtellen, welches die Geſammtvertheidigung der beſtehenden geſellſchaftlichen Ordnung übernehmen und dabei unmittelbar auf die Arbeiterwelt wirken ſoll. Dabei bleibt aber nicht ausgeſchloſſen, daß etwa von Seiten der großen Vereine ein Central-Korreſpondenzblatt geſchaffen würde, welches, möglichſt an konkrete Thatſachen anknüpfend, in kurzer, klarer und faßlicher Weiſe die Prinzipien der alten Geſellſchaft vertritt, die Utopien der neuen bekämpft und überhaupt dem gemeinſamen Kampf gegen die Sozialdemokratie die Richtungslinien anweiſt. Allerdings wird es unmöglich ſein, einem ſolchen Organ direkten Eingang in die Arbeiterkreiſe zu verſchaffen; ſie würden es nicht halten, nicht leſen, oder würden doch deſſen Lektüre ſehr bald langweilig finden und davon zurücktreten. Und was man dem Arbeiter bietet, darf vor Allem nicht langweilig ſein. Jenes Korreſpondenzblatt könnte dagegen indirekt einen um ſo wohlthätigeren Einfluß ausüben, indem es den unmittelbar in die Arbeiterkreiſe dringenden Blättern Stoff zuführt. Denn der weſentlichſte Feldzugsplan wird ſich darauf zu erſtrecken haben, auf die Lokalblätter Einfluß zu gewinnen, welche bisher ſchon in Arbeiterkreiſe dringen, auch derartige Blätter in den verſchiedenſten Formen neu zu begründen oder begründen zu helfen.

Der Arbeiter darf, wie ſchon bemerkt, durchaus nicht mit theoretiſcher Polemik gegen die von ihm einmal aufgenommenen Anſichten und gegen die Grundlagen ſeiner gereizten Stimmung gelangweilt werden. Hierdurch erreicht man nichts. Der Lehr- und Heilſtoff muß in der ganzen, ſorgfältig zu überwachenden Geſammthaltung jener Blätter und immer nur in wenigen kurz und verſtändlich gehaltenen Artikeln zum Ausdruck gelangen. Im Uebrigen müſſen dieſe Blätter wie bisher, und in erhöhtem Maaße künftig, der Unterhaltung und Belehrung des Arbeiters dienen, ihm die Tagesereigniſſe in der für ſeinen Geſchmack und ſeinen Bildungsgrad geeigneten Weiſe mittheilen, und überhaupt in Scherz und Ernſt ſolchen Unterhaltungsſtoff liefern, wie ihn der Arbeiter liebt und wie er namentlich auch ſeinem Bedürfniß nach Kenntnißnahme lokaler Fragen und Ereigniſſe entſpricht. Die belehrende Seite muß gleichſam den Kern bilden, während die Schaale ſich dem herrſchen-

den Geſchmack, den Neigungen und Intereſſen der Arbeiter anzubequemen hat.

Solche Blätter, wo ſie vorhanden ſind, zu gewinnen und einer einſichtigen, taktvollen, gewiſſenhaften Leitung zu unterſtellen und da wo ſie nicht vorhanden ſind ins Leben zu rufen, iſt eine der Hauptaufgaben, die namentlich in jenen Gegenden nachhaltig und kräftig ins Werk geſetzt werden müſſen, wo die ſozialdemokratiſchen Blätter am meiſten verbreitet ſind und wo dieſe Bewegung überhaupt am heftigſten auftritt. Bei einer derartigen Wirkſamkeit muß man ſich aber von vornherein darauf gefaßt machen, daß ein unmittelbarer Erfolg ihrer aufklärenden und zum Frieden hinführenden Thätigkeit unmöglich in kurzer Zeit hervortreten kann, um ſo weniger, als das erſte Auftreten ſolcher literariſcher Organe die Gegner nur zu erhöhter Thätigkeit anſpornen wird. Wenn man alſo nicht gewillt iſt, die Bemühungen in dieſer Richtung und die dafür erforderlichen Opfer konſequent und ohne Rückſicht auf das Ausbleiben unmittelbar ſichtbarer Erfolge fortzuſetzen, ſo fange man lieber gar nicht an. Man würde ſonſt nur den ſozialdemokratiſchen Organen den Triumph bereiten, auf das raſche Wiedereingehen ſolcher Blätter hinweiſen zu können.

Die Verbreitung ſolcher Blätter in den Arbeiterkreiſen zu den billigſten Preiſen würde dann eine Sorge ſein, die in erſter Linie wieder den einzelnen Arbeitgebern zufiele und für die ebenfalls Opfer nicht geſcheut werden dürfen. Beſonders wichtig iſt es in dieſer Beziehung auf die Beſitzer der Wirthshäuſer und ſonſtigen von Arbeitern beſuchten Lokale einzuwirken, damit ſie die aufreizenden Blätter verbannen, oder wenigſtens den Organen, welche die beſtehende Geſellſchaftsordnung vertheidigen, den gleichzeitigen Zutritt nicht verwehren. Bemühungen in dieſer Richtung lohnen ſich ganz unzweifelhaft. Je weniger der Arbeiter lieſt, einen um ſo ſtärkeren Eindruck macht jede Lektüre auf ihn. Es iſt durchaus nicht anzunehmen, daß er derartige literariſche Gegenbeſtrebungen, wenn ſie nur taktvoll und geſchickt den beſtehenden Verhältniſſen angepaßt werden, unbeachtet laſſen würde. Das „Gedruckte“ macht überhaupt auf den Arbeiter entſchieden mehr Eindruck als auf die gebildeten Klaſſen. Mag alſo auch eine Propaganda in dieſem

Sinne zunächſt keine ſichtbaren Spuren hinterlaſſen, ſo regt ſie doch den Arbeiter mehr und mehr zum Nachdenken an und wird mit der Zeit Zweifel über die Untrüglichkeit ſeiner Propheten in ihm erwecken. Dann iſt der Boden für die gute Ausſaat vorbereitet.

Eine in ſolchem Sinne geleitete Preſſe hat ſelbſtverſtändlich zugleich die Aufgabe, die bisher noch nicht von jenen Ideen infizirten Arbeiter vor der Verführung zu ſchützen, auf guten Bahnen zu erhalten, ihnen insbeſondere das Diskuſſions-Material zu liefern, um der Sozialdemokratie gegenüber ihren friedlichen Standpunkt vertheidigen zu können. Es dürfte in dieſer Beziehung in Ueberlegung zu ziehen ſein, ob es ſich nicht Seitens der großen gewerblichen Vereine empfehlen möchte, *Preiſe für Abfaſſung der beſten populären Abhandlungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie* auszuſchreiben. Dieſelben würden aber ihren Zweck gänzlich verfehlen, wenn darin nicht gleichzeitig der Nachweis geführt würde, wie alle *berechtigten* Forderungen der Arbeiter ihre Erfüllung auf dem Boden der gegenwärtigen Geſellſchaftsordnung finden können *und ſollen*.

Wenn wir im Vorſtehenden den Arbeitgebern und ihren Vereinen anriethen, die kleineren Lokalblätter als das Gebiet anzuſehen, auf welchem der Kampf gegen die Sozialdemokratie vorzugsweiſe mit Erfolg ausgefochten werden kann, ſo bleibt durchaus nicht ausgeſchloſſen, daß neben den ſchon gedachten Central-Korreſpondenzen auch vereinzelte Flugſchriften oder Flugblätter, ſei es über beſondere Themata, an die ſich gerade das Tagesintereſſe feſſelt, ſei es über ſoziale Streitfragen, ſei es zur ſpeziellen Bekämpfung ſozialdemokratiſcher Kundgebungen oder Handlungen, von Zeit zu Zeit in den weiteſten Arbeiterkreiſen verbreitet werden. Hierbei wird nur ſtets der richtige Standpunkt einzunehmen ſein, von welchem aus allein auf die Arbeiter gewirkt werden kann, indem man nämlich entſchieden vermeidet, die Arbeiter in irgend ein politiſches oder religiöſes Abhängigkeitsverhältniß zu der von den Arbeitgebern ſelbſt vertretenen Partei bringen zu wollen. Die Arbeitgeber müſſen unbedingt und rückhaltlos die politiſche und ſoziale Freiheit des Arbeiters und die Berechtigung deſſelben, ſeine eigenen Intereſſen, auch wo dies dem Arbeitgeber nicht gerade angenehm iſt, geltend zu machen, anerkennen

und bloß da mit der Belehrung einsetzen, wo es gilt, den sozialen Frieden zu wahren und höheren Kulturaufgaben gerecht zu werden.

Diese Erwägungen werden vor Allem vor dem stärksten Mißgriff bewahren, welchen der einzuleitende Preßfeldzug begehen könnte, nämlich aus den für Belehrung und Unterhaltung der Arbeiter bestimmten Blättern Organe der Arbeitgeber und ihrer Interessen machen zu wollen. Sie sollen den Arbeitgeber, wo er oder sein Stand ungerecht angegriffen wird, vertheidigen, aber auch rücksichtslos gegen diejenigen Arbeitgeber auftreten, welche ihren sozialen Pflichten nicht nachkommen, die Arbeiter inhuman behandeln, überhaupt zu gerechten Klagen Anlaß geben. Diese Blätter würden sofort jeden Boden in der Arbeiterwelt verlieren, wenn sie sich nicht offen und ganz auf den Boden der Arbeiterinteressen stellten und die Besserung des Looses der Arbeiter selbst nach den Richtungen erstrebten, welche Opfer von den Arbeitgebern erheischen. In dieser Beziehung muß die Leitung solcher Blätter vollkommen unabhängig dasteheu; es dürften sogar deren Spalten auch gegentheiligen Ansichten geöffnet werden. Aus Widersprüchen entwickelt sich die Wahrheit am besten, und jeder Kampf erweckt Interesse.

In derselben Richtung wie die Blätter können auch Arbeiterbibliotheken, Lesezimmer u. s. w. wohlthätig auf die Arbeiter wirken. Als Ergänzung einer umfassenden und nachhaltigen Wirksamkeit der Presse wird auch der Hebel des Vereins- und Versammlungswesens kräftig, aber zugleich taktvoll zu benutzen sein. Dies kann geschehen einmal, indem man überhaupt alle jene Vereinsrichtungen der Arbeiter begünstigt, unter Umständen materiell unterstützt, welche sich von sozialdemokratischen Bestrebungen fern halten und zum Anderen, indem man in öffentlichen Versammlungen auf eine Vertretung der sozialen Ordnungs- und Friedensinteressen hinzuwirken und geeignete Persönlichkeiten, wo möglich aus dem Arbeiterstande, hierfür zu gewinnen sucht. Es darf dabei durchaus nicht ausgeschlossen sein, daß auch der Arbeitgeber selbst sich persönlich auf dieses Gebiet begiebt, um aufklärend und versöhnend einzuwirken. Es wird dieses in jedem einzelnen Falle nach der Stellung und dem Ansehen zu beurtheilen sein, welche sich der Arbeitgeber auf dem Gebiet der Arbeiterfreundlichkeit erworben hat und welche ihm die

Möglichkeit bieten, oder dieſelbe ausſchließen, auf die Arbeiter verſöhnend und belehrend einwirken zu können. Eine ſtolze Zurückhaltung iſt hier nicht am Platz. Der Haupteinfluß allerdings wird immer nur durch das Organ vernünftiger und intelligenter Arbeiter zu erreichen ſein. Hierzu ſind übrigens nicht bloß Arbeiterverſammlungen, ſondern Volksverſammlungen im Allgemeinen der geeignete, oft ſogar der geeignetſte Platz, indem ſich hier der Arbeitgeber mit den Arbeitern gleichſam auf neutralem Boden befindet.

Da die ganze Geſellſchaft, nicht bloß der Arbeitgeber, an der Bekämpfung der Sozialdemokratie Intereſſe hat, ſo liegt es ſehr nahe, ſich auf dieſem Gebiete nach Unterſtützung umzuſehen. Daß die Geiſtlichen dieſe in erſter Linie leiſten ſollten, bedingt ihr Beruf. Und daß ſie hierfür wirkſam ſein können, beweiſt z. B. der unverkennbare Einfluß der von Geiſtlichen geleiteten katholiſchen Geſellenvereine auf Bekämpfung der Sozialdemokratie in den Rheinlanden, im Elſaß u. ſ. w. Eine andere Frage, deren Erörterung nicht hierhin gehört, iſt allerdings, ob die Hetzereien der Kaplanspreſſe den Frieden auf politiſch-religiöſem Gebiet nicht ebenſo ſtark, ſelbſt ſtärker geſchädigt haben, als die einzelnen Geiſtlichen auf ſozialem Gebiet Gutes wirkten. Die evangeliſche Geiſtlichkeit hat ſich bis jetzt in eine direkte Bekämpfung der Sozialdemokratie noch weniger als wünſchenswerth eingelaſſen. Allerdings müſſen wir hierbei Stöcker's erwähnen, welcher die ſoziale und politiſche Demokratie gleichzeitig aufs heftigſte angegriffen hat. Mag man mit ſeinem antiſemitiſchen und orthodoxen Standpunkt auch durchaus nicht ſympathiſiren, ſo liefern ſeine Erfolge doch den unwiderleglichen Beweis, was ein unerſchrockenes, muthiges Auftreten auf ſozialem Gebiet zu erreichen vermag, und hierin kann er allerdings allen denjenigen zur Nacheiferung empfohlen werden, welche ihre Pflicht zum Kampf gegen die Sozialdemokratie ruft.

Als letztes Ziel aller hier geſchilderten Beſtrebungen ſtellen wir, ſo paradox es klingen mag, die Bildung geſunder und feſt geſchloſſener Arbeiterkoalitionen hin, welche die Beſſerung ihres Looſes Schritt für Schritt auf dem Boden der beſtehenden Geſellſchaftsordnung erſtreben und mit Muth und Selbſtbewußtſein der Sozialdemokratie entgegentreten. Der Weg bis dahin mag noch ein weiter ſein, aber er iſt erreichbar und muß erreicht werden, wenn der Sieg

der Ordnungspartei ein vollkommener ſein ſoll. Nur mit Hülfe der Arbeiter kann der ſchließliche Entſcheidungskampf gegen die Sozialdemokratie geführt und ein vollſtändiger Sieg errungen werden.

Wenn der Arbeitgeber aber zur Erreichung dieſes letzten Zieles kräftig mitwirken will, ſo muß er ſich vor Allem, wie ſchon mehrfach bemerkt, des jetzt noch leider ſo weit verbreiteten Vorurtheils gegen die Arbeiterkoalitionen im Allgemeinen, vollſtändig entſchlagen. Man wird ihm dabei vernünftigerweiſe nicht zumuthen wollen, daß er in dieſer Beziehung die Wachſamkeit bei Seite laſſe, daß er Organiſationen begünſtige, die vielleicht in wohlwollendſter Abſicht begründet, aber ſpäter zu Handhaben der Sozialdemokratie benutzt wurden, wie dies z. B. Seitens der Tauſenden von ſogenannten Fachvereinen geſchieht, welche die ſozialdemokratiſche Organiſation in das Land hinaustragen und vervollſtändigen. Es kann ſich alſo nicht darum handeln, blindlings jeden Verein zu unterſtützen, welcher — wie auch jene Fachvereine thun — allgemein menſchliche und arbeiterfreundliche Tendenzen äußerlich zur Schau trägt, in Wirklichkeit aber all ſeine geiſtigen und materiellen Mittel nur verwendet, um die Agitatoren der Partei zu beſolden, verbotene Blätter zu vertreiben, und feindliche Demonſtrationen gegen die Arbeitgeber ins Werk zu ſetzen.

Der Drang zur Koalition liegt einmal in der Arbeiterwelt. Es handelt ſich alſo nicht darum, demſelben im Allgemeinen entgegen zu treten — dies wäre ausſichtslos, ſelbſt wenn es überhaupt zu wünſchen wäre —, ſondern ihm die richtigen Bahnen anzuweiſen und ihn auf dieſen Wegen kräftig zu unterſtützen. Es ſind alſo zunächſt diejenigen Verbindungen zu unterſtützen und die Arbeiter auf dieſelben hinzuweiſen, welche die angeſammelten Mittel nicht, wie jene Fachvereine, zu agitatoriſchen Zwecken verwenden, ſondern welche alles was die Arbeiter von ihrem Lohn zuſammentragen, lediglich auch für die Arbeiter und ihre Familien in Fällen der Arbeitsſtockung, Noth, Krankheit u. ſ. w. verwenden. Dieſe Tendenz iſt eine ſo naturgemäße, daß eine Vertretung derſelben nicht erfolglos bleiben kann. Vereinigungen dieſer Art exiſtiren allerdings ſchon zahlreich, ſo namentlich in den Hirſch-Duncker'ſchen Gewerkvereinen, in den Sterbeladen, Begräbnißkaſſen u. ſ. w., haben aber bisher noch nicht vermocht,

eine wirksame Propaganda, sei es zum Zweck ihrer eigenen Ausbreitung, sei es zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Werk zu setzen. Vereine dieser und ähnlicher Richtung, insofern sie nur offen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehen, zu unterstützen, auch wenn sie einmal in der Polemik nicht besonders friedlich auftreten, ja mitunter eine Neigung zur Inscenirung von Strikes bekunden, ist eine wichtige Aufgabe für die Arbeitgeber und ihre Vereinigungen. Es dürfte überhaupt zu überlegen sein, ob die Gesetzgebung nicht (es liegt hierüber gegenwärtig dem Reichstag ein Antrag vor) Arbeiter-Berufsvereinen auf solchen Grundlagen, und mit scharf begrenzten Zielen, durch Verleihung von Korporationsrechten zu Hülfe kommen dürfe, vorausgesetzt daß die nöthige gesetzgeberische Garantie gewährt wird, daß solche Vereine niemals ihrem eigentlichen Zweck der gegenseitigen Hülfe und Unterstützung entfremdet und in Brutstätten der Sozialdemokratie, statt in Stützpunkte gegen dieselbe, umgewandelt werden können. Es ist dies eine der Fragen, welche die Organe der großen Vereinigungen der Industriellen lebhaft beschäftigen sollten, ebenso auch die weitere Ausbildung des Genossenschaftswesens durch Einführung der Theilhaft. Vorsicht thut hier überall Noth, aber ebenso Unbefangenheit des Urtheils und Abstreifung hergebrachter Vorurtheile.

Die Erörterung der Stellung, welche die Gesammtheit der Arbeitgeber zu der bestehenden und künftigen Gesetzgebung über das Koalitionsrecht der Arbeiter einnehmen sollte, führt uns schließlich auf das Gebiet, wie die Arbeitgeber sich überhaupt der ganzen humanistischen Gesetzgebung gegenüber zu stellen haben, welche die Signatur unserer Zeit bildet. Nichts kann mehr zur Hebung des sozialen Friedens beitragen, wenn auch die Wirkungen erst allmählich hervortreten, als wenn die Arbeiter sehen, wie die Arbeitgeber sich nicht zögernd und zurückhaltend, sondern warm und anregend den sozialen Plänen gegenüber verhalten, welche Fürst Bismarck inaugurirt hat, und die in der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 ihren epochemachenden Ausdruck gefunden haben. Zwei der großen Gesetze der Arbeiterfürsorge, die Krankenversicherung

und die Unfallversicherung, haben sich bereits eingebürgert und werden gegenwärtig durch die Gesetzgebung in immer weitere Kreise der Arbeiterwelt eingeführt. Niemand wird den Arbeitgebern nachsagen können, daß sie sich im allgemeinen diesen Gesetzen gegenüber, von denen namentlich das letzte nicht unbedeutende Opfer von ihnen forderte, ablehnend oder engherzig verhalten hätten. Dieses geschah höchstens zur Zeit, wo man noch übertriebene Befürchtungen über die Höhe der Opfer hegte, weil das Gebiet, um welches es sich handelt, statistisch noch zu wenig aufgeklärt war.

Eine noch weit größere Aufgabe, welche den Schlußstein der sozialen Gesetzgebung Deutschlands bilden soll, hat sich aber die Reichsregierung vorgesetzt, und wenn sie zur Durchführung gelangt, so wird damit einer der größten und kühnsten Schritte gethan sein, wie sie bisher nur in den Wünschen der Menschenfreunde lebten, der Gesetzgebung selbst aber unerreichbar schienen. Es betrifft dies die geplante Alters- und Invalidenversorgung. Da der Gedanke wohl als ausgeschlossen gelten darf, die alten und arbeitsunfähigen Arbeiter zu Staatspensionären machen zu wollen, so liegt es auf der Hand, wie die Aufbringung des größten Theiles der für diese große Aufgabe erforderlichen Mittel von den Arbeitgebern erwartet werden muß, wobei aber unserer Ansicht nach durchaus nicht ausgeschlossen werden darf, daß auch der Arbeiter zu dieser „Sparkasse für das Alter" seinen Beitrag zu leisten hat, auch Gemeinde oder Staat für den Antheil heranzuziehen sind, welcher ihnen künftig in der bisherigen Armenpflege erspart wird.

Das Gebiet, um welches es sich hier handelt, ist noch viel weniger aufgeklärt, als es das der Unfallverhütung bei Inangriffnahme der betreffenden Gesetzgebung war. Die Statistik bietet in der That bis jetzt noch keinen genügenden Anhalt, wie groß die zu erwartende Zahl der Arbeitsinvaliden und welches das Maaß der erforderlichen Mittel sein wird, welche die Erreichung dieses Zweckes beansprucht. Es ist unter diesen Umständen erklärlich, daß die beabsichtigte Maaßregel zur Zeit noch vielfachen Zweifeln an ihrer Durchführbarkeit überhaupt, insbesondere aber Befürchtungen einer übermäßigen Belastung der Arbeitgeber in weiteren Kreisen begegnet, ganz abgesehen von den doktrinären Bedenken, ob die Staatsgewalt

überhaupt mit gesetzlichem Zwang in dieses Gebiet eindringen solle oder dürfe. Der Arbeitgeber ist nun sicherlich vollständig berechtigt, von dem Gesetzgeber zu verlangen, daß er auf diesem Gebiete mit höchster Vorsicht voranschreite und ihm namentlich keine Verpflichtungen auferlege, die er aus Rücksichten der internationalen Konkurrenz nicht zu tragen im Stande ist. Mit dieser berechtigten und naturgemäßen Reserve aber können wir dem Arbeitgeber nichts dringender anrathen, als daß er sich den hochherzigen und wohlwollenden Absichten der Reichsregierung gegenüber nicht ablehnend oder zögernd verhalte, sondern ihnen voll zustimme, ja dieser Bewegung die Fahne trage. Sollte es nicht eine schöne Aufgabe der großen gewerblichen und sonstigen Vereine von Arbeitgebern sein, aus eigener Initiative an die Erforschung und Klarstellung der Grundlagen der Altersversorgung heranzutreten und der Gesetzgebung mit eigenen Vorschlägen entgegen zu kommen? Nichts könnte wohlthuender, versöhnender auf die Arbeiterwelt zurückwirken, als wenn die Arbeitgeber selbst die Botschaft vom 17. November 1881 ihrer Verwirklichung näher brächten. Die einmal an dieser Stelle ausgesprochene Idee der Alters- und Invalidenversorgung kann nicht wieder im Sand verlaufen.

Denn so groß auch die Zahl der Arbeiter sein mag, welche bei gehöriger Sparsamkeit und unter normalen Verhältnissen einen Sparpfennig für ihr Alter zurücklegen könnten, so muß doch im Allgemeinen zugestanden werden, wie die Lohnverhältnisse und die unabweislichen Anforderungen und Gewohnheiten des Lebens dem größten Theil der Arbeiter dies nicht ermöglichen, insbesondere dann nicht, wenn Krankheit, Unglück in der Familie, körperliche Schwäche oder dergl. den Arbeitsverdienst aufzehrten oder verminderten. Wir können nicht umhin, eine moralische Verpflichtung der Arbeitgeber anzuerkennen, daß sie für diejenigen, welche ihnen in den Tagen der Kraft und Gesundheit zur Befruchtung ihrer Thätigkeit und ihres Kapitals Beistand leisteten, auch eine Reserve für die Tage ansammeln, wo diese Kraft abgenutzt ist, daß sie ihnen gleichsam im Alter dasjenige nachzahlen, was den Arbeitern selbst, bei ungenügender Lohnhöhe, zurückzulegen nicht möglich war.

Dieses Gefühl beginnt sich in neuerer Zeit immer mehr Bahn

zu brechen und hat nicht bloß in einer Zahl von größeren gewerblichen Unternehmungen bereits zu einer vollständig organisirten Alters- und Invalidenversorgung geführt, sondern auch in der alten Institution der Knappschaftskassen bereits eine gesetzliche Organisation gefunden, die in vieler Beziehung als Vorbild dienen kann. Wenn wir aber die Statistik sowohl der Knappschaftskassen als auch der vereinzelten Einrichtungen betrachten, welche in privativem Wege auf diesem Gebiete durchgeführt worden sind, so gewinnen wir hierdurch, da hier der Wechsel der Arbeiter als mitbestimmend sehr stark in Frage kommt, immer noch keine präzisen Anhaltspunkte, um im Voraus berechnen zu können, wie hoch durch bestimmte Alters- und Invalidenpensionen das wirthschaftliche Leben belastet werden würde. Allein wer sich eingehend mit diesem Gegenstand beschäftigt hat, wird doch, auf Grund der bisherigen, wenn auch noch so lückenhaften Erfahrungen, zu der Ueberzeugung gelangt sein, wie die Durchführung der Institution der Alters- und Invalidenversorgung, zunächst innerhalb mäßiger Grenzen, durchaus nicht jene ungeheuren Opfer, jene vielen Hunderte von Millionen erfordern würde, womit die doktrinären Gegner dieser Institution vom Betreten dieses Weges abzuhalten suchen.

Fassen wir die unbestreitbare Thatsache ins Auge, daß die Arbeitslöhne fortwährend im Steigen sind und naturgemäß im Steigen bleiben werden, so erscheint es doch sehr wohl denkbar, daß die natürliche Steigerungsquote künftiger Jahre zwischen der Erhöhung des Arbeitslohnes und der Abführung einer Quote an die Alters- und Invalidenversorgung getheilt werde. Es ist sehr schwer, hier bestimmte Prozentsätze des Arbeitslohnes als voraussichtlich genügend bezeichnen zu wollen, insbesondere, da die Höhe der erforderlichen Mittel in erster Linie dadurch bestimmt wird, ob jeder Arbeiter von einem gewissen Lebensalter, oder von einer bestimmten Dienstzeit ab, eine feste Rente erhalten soll (was, wenn die Arbeiter selbst zum Beitrage herangezogen werden, wohl als geboten erscheint), oder ob Renten nur beim Eintritt wirklicher Invalidität oder Arbeitsunfähigkeit gezahlt, oder ob beide Bedingungen kombinirt werden sollen. Und demnächst kommt die Höhe der zu gewährenden Pensionen oder Unterstützungen

in Betracht. Unſere unmaaßgebliche Anſicht iſt, daß bei einer vernünftigen Organiſation, welche im Anfange ihre Aufgaben nicht zu weit greift, ſondern nur den Rahmen für ein künftiges Fortſchreiten zu bilden beſtimmt iſt, ſchon eine einigermaaßen befriedigende Löſung der Aufgabe erreicht werden kann, wenn allmählich Beiträge der Arbeitgeber bis zu 2 Prozent, und der Arbeiter bis zu 1 Prozent des Arbeitslohns eingeführt werden, denen dann noch entſprechende Zuſchüſſe Seitens der Gemeinden oder des Staates hinzutreten würden. Schreitet man nur mit dieſer großartigen Maaßregel ganz allmählich und vorſichtig vor, und zwar ſo, daß man nur ſoweit feſtſtehende Verpflichtungen übernimmt, als ſich deren Maaß — alſo die Opfer der Arbeitgeber und Arbeiter — überſehen läßt, ſo erſcheint es uns durchaus nicht als chimäriſch, die Alters- und Invalidenverſorgung innerhalb nicht allzulanger Zeit in vollſtändig genügender Weiſe durchgeführt zu ſehen, und zwar hoffentlich von vornherein für alle Arbeitsgebiete, alſo Gewerbe, Landwirthſchaft, Handel, Handwerk und Hausgeſinde.

Es ſcheint uns Pflicht und zugleich Gebot der Klugheit Seitens der Arbeitgeber zu ſein, unter den gedachten Vorausſetzungen allmählicher und vorſichtiger Einführung, welche ſicherlich auch die Reichsregierung in den zu erwartenden Vorlagen nicht außer Augen laſſen wird, voll und ganz für die Durchführung dieſer Inſtitution einzutreten. Nichts kann mit der Zeit wohlthätiger auf die Stimmung der Arbeiter zurückwirken, wenn auch die Sozialdemokraten bis jetzt, eben weil ſie die Verſöhnung zwiſchen Arbeiter und Geſellſchaft fürchten, nur Hohn und Spott für alle menſchenfreundlichen Beſtrebungen in dieſer Richtung haben und dieſelben als ärmliche, des freien Arbeiters unwürdige Abſchlagszahlungen auf das Glück betrachten, welches ſie ihm im ſozialiſtiſchen Zukunftsſtaat in Ausſicht ſtellen. Auf die Dauer aber halten Zukunftsbilder gegen die greifbare Realität doch nicht vor.

Ein weiteres Verdienſt können ſich die Arbeitgeber erwerben, wenn ſie unbefangenen Blickes und von humanem Gefühl beſeelt, die Geſetzgebung im Gebiete des Arbeiterſchutzes zu fördern ſuchen. Die Fragen der Beſchränkung der Kinderarbeit und einer mißbräuchlichen Ausdehnung der Arbeitszeit auch der erwachſenen Arbeiter haben wir

bereits in der Kürze erörtert. Hierhin gehören auch noch die Fragen der Sonntagsarbeit, der Frauenarbeit und der Nachtarbeit der Frauen und Kinder. Die thunlichste Einschränkung der Sonntagsarbeit entspricht insbesondere einem von allen Kreisen der Arbeiterwelt getheilten Wunsche, welchem man durch die Gesetzgebung möglichst weit entgegen kommen sollte. Auch hier wie auf dem Gebiet der Altersversorgung wird dem Arbeitgeber nicht zugemuthet werden können, seine eigenen Interessen ganz hintan zu setzen, bloß humanistischen Eingebungen zu folgen. Allein er wird ebenso ernst zu überlegen haben, wie weit er die Last des Arbeiters erleichtern kann, ohne daß seine Existenzbedingungen dadurch gefährdet werden.

Wie wir ebenfalls schon erwähnten sollte der Arbeitgeber sich auch nicht ohne Weiteres ablehnend gegen solche Schöpfungen, wie z. B. die aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzten Arbeitskammern, verhalten, welche bestimmt sind, dem Arbeiter einen Antheil an der Entscheidung oder Begutachtung solcher Angelegenheiten zu sichern, die ihm und dem Arbeitgeber gemeinsam sind, und wobei seine Mitwirkung als unbedenklich, ja vortheilhaft erscheinen kann. Alles, was das berechtigte Standesgefühl der Arbeiter erhöht, kann dem Arbeitgeber nicht gefährlich werden, wohl aber wesentlich zur Festigung des sozialen Friedens beitragen. Es ist dies auch durchaus keine Nachgiebigkeit gegen sozialdemokratische Forderungen, deren Arbeitskammern mit unseren Vorschlägen nur den Namen gemeinschaftlich haben.

Mit allen diesen Ausführungen ist das weite Gebiet der humanitären Gesetzgebung noch bei Weitem nicht erschöpft. Es gehört z. B. hierher auch das vor einigen Jahren im Reichstag eingebrachte und leider nicht zur Beschlußfassung gelangte Gesetz über das Postsparkassenwesen, welches der Unterstützung der Arbeitgeber sicherlich im höchsten Grade würdig ist, indem es die hochwichtige Sparkassenfrage für die Arbeiter mit einem Male lösen und die privativen Bemühungen des einzelnen Arbeitgebers überflüssig machen würde. Die gegen dieses Gesetz im Interesse der Gemeindesparkassen geltend gemachten Bedenken werden sich sicherlich beseitigen lassen, wenn man nur ernstlich an die Frage herantritt.

Ohne in Weiteres einzugehen, sei nur im Allgemeinen nochmals auf die hohe Wichtigkeit hingewiesen, daß die Arbeitgeber sich rückhaltlos dem humanitären Zug unserer neueren Gesetzgebung anschließen und den Arbeitern die Ueberzeugung beibringen, wie sie ernstlich deren Wohlfahrt und die Besserung ihrer Lage erstreben und eigene, selbst bedeutende Opfer dabei nicht scheuen. In dieser Haltung werden sie sicherlich auch ihren eigenen Interessen, so weit sie berechtigt sind, besser zur dauernden Berücksichtigung verhelfen, als im Wege der engherzigen Opposition.

Schließen wir hiermit unsere Betrachtungen über die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber ab, obgleich dieses weite Gebiet noch keineswegs erschöpft ist, so resumiren wir unsere Ansichten zunächst dahin, daß jeder einzelne Arbeitgeber es in der Hand hat, im Kreise seiner Arbeiterschaft den sozialen Frieden herzustellen und zu erhalten. Nur wenn die Mehrzahl der Arbeitgeber sich von der Größe und Bedeutung dieser Pflicht durchdringen läßt und rasch und einmüthig danach handelt, kann der Grund zu weiterem erfolgreichen Wirken gelegt werden. Durch die Presse z. B. wirken zu wollen, ehe im eigenen Interessenbereich der Humanität Genüge geleistet ist, würde den Arbeitgeber nur als Wegweiser hinstellen, der den richtigen Weg zeigt, aber nicht selbst geht. Nur durch eigene Opferwilligkeit kann sich der Arbeitgeber das Mandat erwerben, in die Herstellung des sozialen Friedens wirksam eingreifen zu können; entgegengesetzten Falls verfällt er dem Spott der Arbeiter und ihre Erbitterung wird nur gesteigert. Jeder thue an seiner Stelle seine Pflicht; bestimmte Formeln aber für die Durchführung dieser Aufgabe giebt es nicht. Sie gestaltet sich unendlich verschieden für Gewerbe, für Landwirthschaft, für Handwerk u. s. w., verschieden für jeden konkreten Fall und die dadurch bedingten Grenzen der Nothwendigkeit und Möglichkeit einer Einwirkung im Sinne der Humanität und des praktischen Christenthums, verschieden auch im Hinblick auf Bekämpfung bereits hereingebrochener Schäden, oder auf bloße Abwehr gegen deren Eindringen, verschieden endlich durch die Grenzen, die dem einzelnen Arbeitgeber durch seine Mittel gezogen sind.

Diese Zeilen aber haben ihren Zweck erreicht, wenn sie denjenigen Arbeitgebern, welche bisher dem Anwachsen der feindlichen Agitation

und der Mißstimmung und Erbitterung unter den Arbeitern sorglos oder rathlos gegenüberstanden, die Ueberzeugung beibringen, wie Menschenpflicht und auch wohlverstandenes eigenes Interesse sie veranlassen müssen, zu ihrem Theil an der Herstellung des sozialen Friedens mitzuarbeiten, sich zu dem Ende hergebrachter, mit den fortschreitenden Anforderungen der Menschlichkeit nicht im Einklang befindlicher veralteter und engherziger Anschauungen zu entschlagen, fromme Wünsche in praktische Thaten zu übersetzen, und mit festem Griff in das Steuerruder das Schiff ihrer Lebensanschauungen aus dem bequemen Dahintreiben in dem trägfließenden Strom des Hergebrachten, in das Fahrwasser bewußter und opferwilliger Humanität zu lenken.

Verlag von Julius Springer in Berlin N.
Monbijouplatz 3.

Von demſelben Verfaſſer erſchien:

Die wirthſchaftliche Kriſis. 1876. . . . . Preis M. 3,—.

Die Nachtheile des Aktienweſens und die Reform der Aktiengeſetzgebung. 1878. . . . . Preis M. 2,—.

Die Tarifreform von 1879. 1880. . . . . Preis M. 2,40.

Die Arbeiterfrage. Ein ſoziales Programm. Preis M. 1,60.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Druck von H. S. Hermann in Berlin.

K. 233.

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

Digitized by Google